

OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Flüchtlinge

Die Asylpolitik der EU und Österreichs im Faktencheck –
und wie es besser gehen könnte.

Laurentius Terzic, BSc

Aktualisierte Fassung

Wien, Juli 2016

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Klärung wesentlicher Begriffe	2
1.1. MigrantInnen, ZuwanderInnen	2
1.2. Flüchtlinge	2
1.3. Asylsuchende	2
1.4. AsylwerberInnen	3
1.5. Asylberechtigte	3
1.6. Subsidiär Schutzberechtigte	3
2. Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union	4
2.1. Aktuelle Zahlen	4
2.2. Asylrecht	6
2.3. Grenzüberwachung	7
2.4. Vorgehen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingskrise ab 2015	8
2.5. Kritik	9
2.5.1. Asylrecht	9
2.5.2. Grenzüberwachung	10
2.5.3. Vorgehen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingskrise ab 2015	10
3. Flüchtlingspolitik in Österreich	12
3.1. Aktuelle Zahlen	12
3.2. Asylrecht und Asylverfahren	13
3.3. Sozialleistungen	14
3.4. Arbeitsrecht	15
3.5. Vorgehen Österreichs in der Flüchtlingskrise ab 2015	15
3.6. Kritik	17
3.6.1. Asylrecht und Asylverfahren	17
3.6.2. Sozialleistungen und Arbeitsrecht	17
3.6.3. Vorgehen Österreichs in der Flüchtlingskrise ab 2015	18
4. Best-Practice-Beispiele	20
4.1. Nationale Ebenen	20
4.1.1. Schweden	20
4.1.2. Österreich historisch	21
4.2. Kommunale Ebenen	21
4.2.1. Riace (Italien)	21
4.2.2. Bad Eisenkappel (Kärnten)	22
4.2.3. Eichgraben (Niederösterreich)	23
4.2.4. Gallneukirchen (Oberösterreich)	23
4.2.5. Gleisdorf (Steiermark)	24
4.2.6. Kitzbühel (Tirol)	24
4.2.7. Krems an der Donau (Niederösterreich)	25
4.2.8. Krumpendorf (Kärnten)	25
4.2.9. Melk an der Donau (Niederösterreich)	26

4.2.10.	Neudörfel (Burgenland)	26
4.2.11.	Puchenstuben (Niederösterreich)	27
4.2.12.	Salzburg Stadt	27
4.2.13.	Telfs (Tirol)	28
4.2.14.	Traiskirchen (Niederösterreich)	28
4.2.15.	Weitensfeld (Kärnten)	29
4.2.16.	Wolfau (Burgenland)	29
4.2.17.	Wörgl (Tirol)	30
4.2.18.	Wien	30
Quellen		32

Einleitung

Weltweit sind derzeit etwa 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Aufgrund von Verfolgung, Konflikten, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen müssen sie ihre Heimat verlassen.¹ Nur ein geringer Anteil von ihnen sucht den Weg nach Europa. Doch seit dem Ausbruch des Syrien-Krieges und dem Wiederaufflammen der bewaffneten Konflikte im Irak und in Afghanistan sind auch die europäischen Staaten mit Fluchtbewegungen konfrontiert. So ist 2015 und 2016 auch in Österreich die Zahl der Asylanträge deutlich angestiegen.²

Die Bootskatastrophen im Mittelmeer mit inzwischen mehreren tausend Toten haben und die hunderttausenden zu Fuß kommenden Flüchtlinge im Herbst 2015 haben viele Menschen zunächst betroffen gemacht und eine emotionalisierte Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik ausgelöst.

Einerseits war eine außergewöhnliche Welle an Hilfsbereitschaft festzustellen, andererseits auch Besorgnis und Ablehnung: wie schafft man ordentliche Quartiere, Betreuung, Deutschkurse oder auch Beschäftigung für die schutzsuchenden Menschen? Wie kann die Integration gelingen? Wie Gewalt vermieden werden? Und welche Sozialleistungen sollen Flüchtlinge bekommen?

Diese Arbeit stellt sachliche Grundlagen für die Debatte zur Verfügung, stellt die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Flüchtlingspolitiken der EU und Österreichs dar. Aber auch Best Practices von Staaten und Gemeinden, die es mit Engagement geschafft haben, Flüchtlinge zu integrieren. Und damit aus einer Herausforderung eine Chance für eine bessere Zukunft für die gesamte Gemeinschaft zu machen.

¹ vgl. UNHCR: Global Trends 2014

² vgl. Bundesministerium für Inneres: Statistik Asylwesen

1. Klärung wesentlicher Begriffe

Im alltäglichen Sprachgebrauch werden Menschen, die nach Österreich kommen, oft ohne Unterscheidung als Ausländer, Migranten, Zuwanderer, Flüchtlinge, Asylanten, Asylwerber, usw. bezeichnet. Was unterscheidet aber diese Begriffe?

1.1. MigrantInnen, ZuwanderInnen

Als MigrantInnen oder ZuwanderInnen werden Menschen bezeichnet, die von einem Wohnsitz zu einem anderen umsiedeln. Dies kann aus freiwilligen oder unfreiwilligen Gründen passieren, Flucht ist ein möglicher Grund.

1.2. Flüchtlinge

Laut der Genfer Flüchtlingskonvention, dem zentralen internationalen Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen, sind Flüchtlinge Menschen, die sich aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung außerhalb jenes Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, außerdem Staatenlose, die sich ebenfalls aus begründeter Furcht vor Verfolgung außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden. Anerkannte Fluchtgründe sind die Verfolgung wegen „Rasse“, Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Nicht darunter fallen zum Beispiel Elends- und Umweltflüchtlinge, Klimaflüchtlinge und sogenannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ – ein in der öffentlichen Diskussion abwertend verwendeter Begriff, der AsylwerberInnen bezeichnet, die aus ökonomischen Motiven zuwandern.

Es ist nicht zwangsläufig notwendig, Staatsgrenzen zu überschreiten, um als Flüchtling zu gelten. Tatsächlich bleibt die Mehrheit der Vertriebenen innerhalb des eigenen Landes. So überquerten von 59,5 Millionen Flüchtlingen im Jahr 2014 nahezu zwei Drittel – etwa 38,2 Millionen – keine Grenzen.³

1.3. Asylsuchende

Asylsuchende sind Menschen, die in einem fremden Staat um internationalen Schutz, also Asyl ansuchen.⁴ In Österreich haben Asylsuchende die Möglichkeit, einen Asylantrag entweder in einem der drei Erstaufnahmezentren (Traiskirchen/NÖ, Flughafen Wien Schwechat, Thalham/OÖ) oder bei Polizeidienststellen bzw. PolizeibeamtInnen zu stellen. Nach einer Erstbefragung vor Ort sowie einer zusätzlichen Befragung durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl leitet dieses ein Zulassungsverfahren ein oder nicht.⁵

³ vgl. UNO-Flüchtlingshilfe: Zahlen & Fakten

⁴ vgl. UNHCR: Flüchtlingsland Österreich – Glossar

⁵ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Asylverfahren

1.4. AsylwerberInnen

Als AsylwerberInnen werden Menschen während des laufenden Asylverfahrens bezeichnet, das ist ab Einbringung eines Antrags auf internationalen Schutz bis zum rechtskräftigen Abschluss, der Einstellung oder Gegenstandslosigkeit des Verfahrens.⁶

1.5. Asylberechtigte

Asylberechtigte sind Menschen, denen nach Durchlaufen des Asylverfahrens Asyl gewährt wird. Sie sind mit anerkannten Flüchtlingen gleichzusetzen. Da sie im Besitz eines positiven Asylbescheids sind, haben sie Zugang zum Arbeitsmarkt und verschiedenen Sozialleistungen.⁷

1.6. Subsidiär Schutzberechtigte

Subsidiär Schutzberechtigte sind Menschen, deren Asylantrag zwar abgewiesen wurde, aber deren Leben oder Gesundheit im Herkunftsland bedroht wird. Sie sind daher weder AsylwerberInnen noch Asylberechtigte, benötigen aber Schutz vor Abschiebung. Den Status des subsidiär Schutzberechtigten erhalten Menschen, in deren Herkunftsstaaten eine „Verletzung von Art. 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK; Recht auf Leben), Art. 3 EMRK (Verbot der Folter) oder der Protokolle Nr. 6 oder Nr. 13 zur EMRK (Verbot der Todesstrafe)“⁸ nachzuweisen ist. Subsidiär Schutzberechtigte haben nur ein befristetes Aufenthaltsrecht von zunächst einem Jahr, das aber verlängert werden kann.⁹

⁶ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Asylwerber

⁷ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Asylberechtigter

⁸ Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

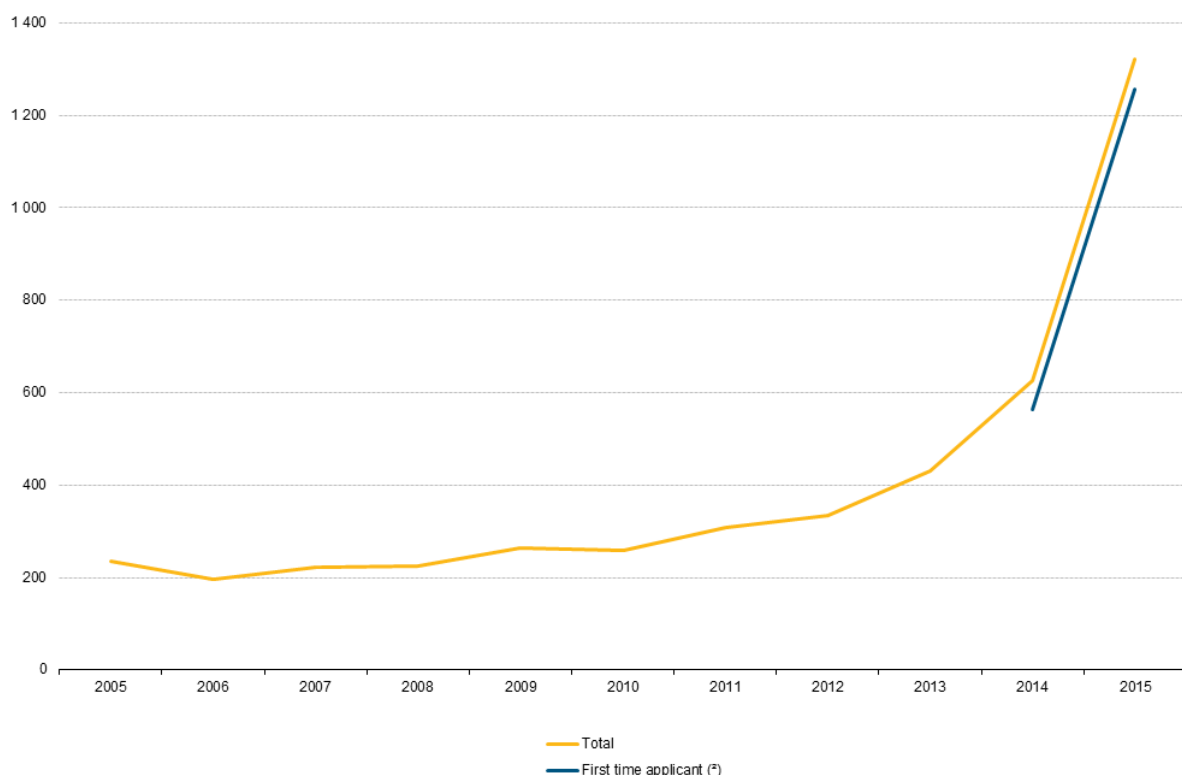
⁹ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

2. Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

2.1. Aktuelle Zahlen

Im Jahr 2015 ist die Zahl der registrierten Asylwerbenden in der EU auf 1,255.640 Menschen gestiegen, im Jahr 2014 waren es 562.680. Die Haupt-Herkunftsländer waren Syrien, Afghanistan und der Irak. Aus diesen drei Ländern kamen insgesamt mehr als die Hälfte der Asylwerbenden. Die Zahl der schutzsuchenden Menschen aus Syrien hat sich 2015 auf 362.800 verdoppelt, jener aus Afghanistan auf 178.200 vervierfacht und jener aus dem Irak auf 121.500 versiebenfacht.¹⁰

Der Hauptgrund für den Anstieg im Jahr 2015 war nicht nur der anhaltende Bürgerkrieg in **Syrien**, sondern die Kürzung der UN-Lebensmittelhilfen in den Flüchtlingslagern. Von den rund 20 Millionen EinwohnerInnen Syriens befinden sich derzeit etwa 11 Millionen auf der Flucht, davon 4 Millionen im Ausland.¹¹



(*) 2005–07: EU-27 and extra-EU-27.

(*) 2005–2013: not available.

Source: Eurostat (online data codes: migr_asyctz and migr_asyappctza)

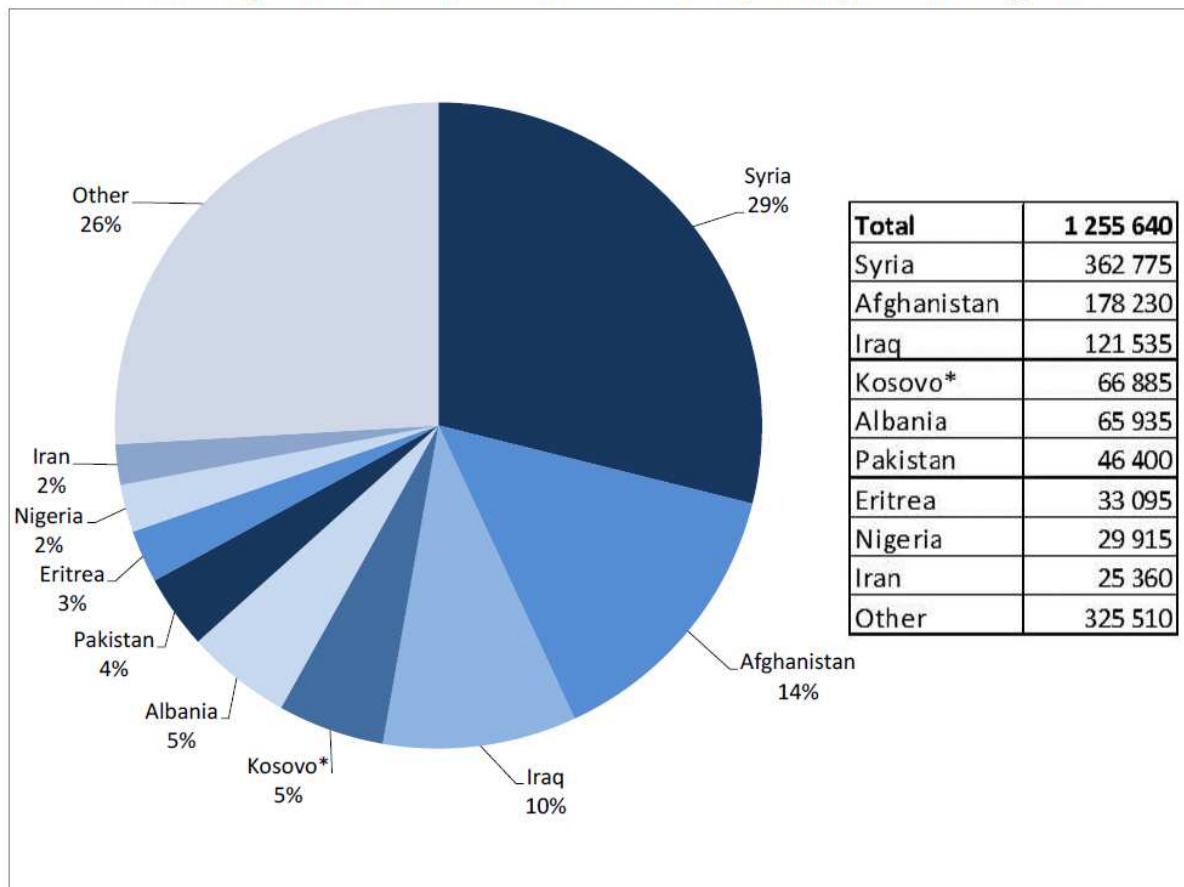
Abbildung 1: AsylwerberInnen in der EU, 2005–2015¹²

¹⁰ vgl. Eurostat (2016): Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015

¹¹ vgl. UNHCR (2015): Total number of Syrian refugees exceeds four million for first time

¹² Eurostat (2016): Asylum applications in the EU–28 Member States

First time asylum seekers in the EU Member States by country of citizenship, 2015



* Kosovo under UN Security Council Resolution 1244/99.

Abbildung 2: Staatsangehörigkeit der AsylwerberInnen in der EU, 2015¹³

Die zweitgrößte Gruppe von Schutzsuchenden waren 2015 in Europa Menschen aus **Afghanistan**. Das Land befindet sich seit 2001 in einem Krieg, der durch eine Intervention der USA gegen die damals regierenden radikalislamischen Taliban eingeleitet wurde. Auch nach dem Abzug der USA ist das Land nicht befriedet, es gibt weiterhin Kämpfe zwischen der von der NATO unterstützten Afghanischen Nationalarmee und den Taliban. Dazu kommt, dass die Lebensbedingungen im Iran zunehmend schwieriger werden, wo offiziell knapp eine Million, schätzungsweise aber bis zu drei Millionen afghanische Flüchtlinge leben. Etwa ein Drittel der afghanischen Flüchtlinge in Europa ist nicht direkt aus Afghanistan geflüchtet, sondern aus dem Iran.¹⁴

Auch im **Irak** war eine Militärintervention der USA Ausgangspunkt eines inzwischen über ein Jahrzehnt andauernden Konflikts. Dieser eskalierte im Jahr 2014 durch die Ausrufung des „Islamischen Staats“ und die Eroberung und Terrorisierung großer Gebiete durch dessen Milizen.

Global betrachtet emigriert nur ein sehr geringer Anteil der Flüchtlinge in die Europäische Union. Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen waren im Jahr 2015 die Türkei und Pakistan, die jeweils über 1,5 Millionen Flüchtlinge aufnahmen. Auf Platz 3 rangiert der Libanon, der

¹³ Eurostat (2016): Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015

¹⁴ vgl. ORF (15.05.2016): Vom nahen in den fernen Westen

bei 5,8 Millionen EinwohnerInnen 1,2 Millionen Flüchtlinge aufnahm – also ebenso viele wie alle Länder der EU zusammen.¹⁵

Von den EU-Ländern sind die Mittelmeeranrainerstaaten Italien und Griechenland besonders stark betroffen, da die meisten Flüchtlinge über den Seeweg nach Europa einreisen. Die Erstaufnahmezentren und Behörden der beiden Länder waren dem Zustrom im vergangenen Jahr zunehmend nicht mehr gewachsen.

Die **meisten Asylanträge** wurden im Jahr 2015 in der Europäischen Union in Deutschland (441.800 AsylwerberInnen) gestellt, gefolgt von Ungarn (174.435) und Schweden (156.110). Im Verhältnis zur Bevölkerung wurde die höchste Asylwerberquote in Ungarn (17,7 BewerberInnen pro Tausend EinwohnerInnen), Schweden (16,0) und Österreich (9,9) verzeichnet.¹⁶ Tatsächlich blieben allerdings weit weniger Menschen in Ungarn, viele reisten weiter, vor allem nach Schweden, Deutschland und Österreich.¹⁷

2.2. Asylrecht

Das Asylrecht liegt zwar nach wie vor in der **Kompetenz der Mitgliedsstaaten**, jedoch gibt es mehrere EU-Verordnungen und -Richtlinien, die die nationalen Gesetzgebungen in ihren Grundlagen vereinheitlichen. Auch im Bereich der Grenzsicherung gibt es eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der EU.

Grundsätzlich gilt: Wer in einem Land der Europäischen Union Asyl beantragen möchte, muss dies (gemäß der „**Dublin-Verordnung**“ der EU) eigentlich bei der Einreise in das erste EU-Land tun, das er/sie betritt. Dabei handelt es sich fast immer um Länder am Rand der Europäischen Union, da es etwa für BürgerInnen aus Syrien oder Afghanistan praktisch kaum möglich ist, legal per Flugzeug in die EU einzureisen. Während es früher in einigen Staaten der EU möglich war, in einer Botschaft Asyl zu beantragen – in Österreich beispielsweise bis 2001 –, ist dies inzwischen nicht mehr möglich.¹⁸ Auch Schengen-Visa werden an schutzsuchende Flüchtlinge in der Regel nicht ausgestellt. Dies macht jene langen, teuren und gefährlichen Reisen notwendig, die meist übers Mittelmeer nach Italien oder Griechenland führen.

Die „Dublin-Verordnung“ regelt verbindlich, welcher EU-Mitgliedsstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Die Verordnung verpflichtet jenen EU-Staat zur Durchführung des Asylverfahrens, in dem ein Flüchtling erstmals europäischen Boden betritt, bzw. (im Falle einer erfolgreichen illegalen Durchreise durch einen oder mehrere EU-Staaten) erstmals einen Antrag auf Asyl stellt. Damit soll erreicht werden, dass ein/e Asylsuchende/r innerhalb der Mitgliedsstaaten nur EIN Asylverfahren betreiben kann. Ausnahmen gibt es etwa für Mitglieder einer Familie, die über verschiedene Wege in den Geltungsbereich der

¹⁵ vgl. UNHCR: Mid-Year Trends 2015

¹⁶ vgl. Eurostat (2016): Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015

¹⁷ vgl. Tagesschau (04.03.2016): Mehr als eine Million Asylbewerber in der EU

¹⁸ vgl. Netzwerk Migration in Europa (2001): Österreich: Keine Asylanträge aus dem Ausland mehr.

„Dublin-Verordnung“ einreisen. In diesem Fall werden ihre Asylanträge dennoch in nur einem bestimmten Staat gemeinsam behandelt.¹⁹

Neben der „Dublin-Verordnung“ gibt es drei wesentliche EU-Richtlinien zur Regelung des Asylwesens. Eine „Richtlinie“ ist im Gegensatz zu einer Verordnung nicht 1:1 ins nationale Recht umzusetzen, sondern lässt dem nationalen Gesetzgeber Gestaltungsspielraum.

Die **Asylaufnahmerichtlinie** stellt einen Katalog von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylsuchenden bereit. AsylwerberInnen sollen bis zum Abschluss ihres Verfahrens Anspruch auf Aufnahme, Wohnung, Lebensmittel, Kleidung, Geldleistungen oder Gutscheine für tägliche Ausgaben haben, weiters auf eine angemessene Gesundheitsversorgung, auf Information und Dokumente, auf Grundschulbildung und in begrenztem Umfang auf Zugang zum Arbeitsmarkt.²⁰

Die **Qualifikationsrichtlinie**, auch Aufnahmerichtlinie genannt, legt Normen für die Anerkennung als Flüchtling und für den Flüchtlingsstatus fest. Sie bestimmt, aus welchen Gründen Drittstaatsangehörige oder Staatenlose Anspruch auf Schutz haben und macht einheitliche Vorgaben zum Status für Flüchtlinge oder Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz sowie für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes.²¹

Die **Asylverfahrensrichtlinie** legt Mindestnormen und gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes fest. Sie setzt Verfahrensgarantien fest, wie zum Beispiel das Recht auf eine persönliche Anhörung, auf Information über die Entscheidung des Asylantrages und auf Rechtsmittel gegen eine negative Entscheidung.²²

2.3. Grenzüberwachung

Zur Koordination der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zum Schutz der EU-Außengrenzen wurde 2004 die Grenzschutzagentur **Frontex** gegründet. Neben der Mitwirkung an der Ausbildung von GrenzschutzbeamtInnen und der Erstellung von Risikoanalysen unterstützt Frontex die Mitgliedstaaten aktiv in der Überwachung der Außengrenzen. Im Rahmen ihrer Einsätze und Missionen agiert Frontex auf dem Wasser, an Land und in der Luft.²³

Mit **Eurosur** wurde 2013 von Frontex ein Überwachungssystem etabliert, das geheim- und nachrichtendienstliche Informationen der eigens hierfür geschaffenen nationalen Koordinationsstellen sammelt, miteinander verknüpft und diese Frontex zur Verfügung stellt. Eurosur setzt Drohnen, Aufklärungsgeräte, Offshore-Sensoren, hochauflösende Kameras und Satellitensuchsysteme ein, um illegale Einwanderung in die EU-Staaten zu überwachen.²⁴

¹⁹ vgl. Informationsverbund Asyl und Migration: Dublin-Verordnung, Drittstaatenregelung

²⁰ vgl. Förderverein Pro Asyl: Die EU-Aufnahmerichtlinie: Grenzen und Chancen für den Flüchtlingschutz

²¹ vgl. Migrationsrecht.net: Qualifikationsrichtlinie

²² vgl. UNHCR (2010): Asyl: Unterschiedliche Verfahrensstandards innerhalb der EU

²³ vgl. Frontex: Mission and Tasks

²⁴ vgl. Mediendienst Integration: Die europäische Asylpolitik und der Grenzschutz

Die aktuellste Mission der europäischen Grenzschutzagentur ist unter dem Namen **Triton** bekannt. Triton beschränkt sich im Wesentlichen auf die Sicherung der Grenzen – im Gegensatz zum Vorgängerprogramm **Mare Nostrum**, das auch die Seenotrettung von Flüchtlingen zur Aufgabe hatte. Mare Nostrum hatte ein monatliches Budget von 9 Millionen Euro zur Verfügung, zwischen 2013 und 2014 konnte die italienische Marine damit rund 150.000 Flüchtlinge aus Seenot retten.²⁵

2.4. Vorgehen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingskrise ab 2015

Spätestens im Sommer 2015 wurde deutlich, dass mehrere gesetzlich vorgesehene Regelungsmechanismen in der Praxis nicht mehr funktionieren. Das betraf einerseits die Kontrolle der Schengen–Außengrenzen durch die Behörden der jeweiligen Mitgliedsstaaten, andererseits die „Dublin–Verordnung“. Da die meisten Flüchtlinge in Mittelmeeranrainerstaaten, vor allem in Italien und Griechenland, ankamen, führte die Regelung zu einer sehr ungleichen Verteilung der Flüchtlinge und einer großen Be- und Überlastung der Erstaufnahmezentren dieser Länder, sodass 2015 zahlreiche Flüchtlinge nicht mehr registriert wurden und Richtung Mittel- und Nordeuropa weiterreisten. Aus Italien und über die „Balkan–Route“ (Mazedonien, Serbien und Ungarn) gelangten hunderttausende Menschen nach Österreich, Deutschland und Schweden.

Um eine gleichmäßigere Aufteilung der Flüchtlinge unter den Mitgliedsstaaten zu erzielen, forderten ab Herbst 2015 mehrere Regierungschefs eine Abschaffung der „Dublin–Verordnung“ und ihren Ersatz durch eine Asylquote. Im September 2015 beschloss der Rat der europäischen Innenminister eine Verteilung von Flüchtlingen nach einem **Quotensystem**, gegen die Stimmen von Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Rumänien. Insgesamt sollten binnen zwei Jahren 160.000 Asylsuchende in andere Staaten gebracht werden. Entlastet werden sollten vor allem Griechenland und Italien. Mangels Willen zur Umsetzung kommt der Mechanismus aber kaum in die Gänge, mit Stand Februar 2016 waren erst 583 Flüchtlinge umgesiedelt worden.²⁶

Zur **Fluchtursachenbekämpfung** hat die Europäische Union ihre Mittel für die **Syrienhilfe** erhöht. Bei der Syrien–Geberkonferenz in London im Februar 2016 hat die Weltgemeinschaft beschlossen, in den kommenden drei bis vier Jahren neun Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen, davon sechs Milliarden schon 2016. Das Hauptgeberland ist Deutschland (2,3 Mrd. Euro), der österreichische Beitrag beläuft sich auf 60 Mio. Euro.^{27,28}

Für **Afrika** hat die EU im November 2015 einen Aktionsplan beschlossen, dessen Ziel es ist, die Armut in Afrika durch neue Jobs zu bekämpfen und mehr Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Die so verbesserte Lebensperspektive soll Menschen von der Flucht nach Europa abhalten. Zur Finanzierung des Aktionsplans will die EU zusätzlich zu den jährlich etwa 20 Milliarden Euro Entwicklungshilfe für Afrika mehr als 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung

²⁵ vgl. International Organization for Migration (2014): IOM Applauds Italy's Life-Saving Mare Nostrum Operation

²⁶ vgl. Spiegel (18.02.2016): Flüchtlings–Verteilung in der EU: 583 von 160.000

²⁷ vgl. Tagesschau (04.02.2016): Milliarden für die Flüchtlingshilfe

²⁸ vgl. Der Standard (04.02.2016): Geberkonferenz verspricht neun Milliarden Euro für Syrienhilfe

stellen. Im Gegenzug sollen die afrikanischen Länder Menschen von der Flucht abhalten und abgewiesene AsylwerberInnen zurücknehmen.²⁹

Schließlich haben die Mitgliedsstaaten der EU auch eigene **Maßnahmen zur Grenzsicherung** und Abweisung von Flüchtlingen gesetzt. Die sogenannte „Balkan-Route“ von der Türkei nach Mitteleuropa wurde durch die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen und die Errichtung von militärisch überwachten Grenzzäunen zum Erliegen gebracht. In der Folge schloss auch Mazedonien seine Grenze zu Griechenland. Seit März 2016 dürfen nur mehr Menschen mit gültigen Reisepässen und Visa einreisen, damit ist der Grenzübertritt für Flüchtlinge de facto unmöglich.

Um Griechenland zu entlasten, vereinbarte der Europäische Rat im März 2016 ein umstrittenes **Abkommen mit der Türkei**. Im Wesentlichen besagt es, dass alle Flüchtlinge, die ab dem 20. März 2016 illegal von der Türkei nach Griechenland übersetzen, seit dem 4. April in die Türkei zurückgebracht werden. Nur wenn ein Flüchtling in einem in Griechenland durchgeführten Schnell-Asylverfahren nachweisen kann, dass er in der Türkei verfolgt wird, darf er in Griechenland bleiben. Die EU nimmt für jeden in die Türkei zurückgebrachten syrischen Flüchtling einen anderen aus einem Lager in der Türkei auf, bis zu einer Obergrenze von 72.000 Menschen. Im Gegenzug zahlt die EU drei Milliarden Euro für die Verstärkung der Grenzüberwachung und die Versorgung der Flüchtlinge in der Türkei. Zudem wurde – unter Auflagen – die Aufhebung der Visapflicht für die Einreise von StaatsbürgerInnen der Türkei in die EU in Aussicht gestellt.³⁰

2.5. Kritik

2.5.1. Asylrecht

Die fehlenden Möglichkeiten, sicher und legal in die Europäische Union einzureisen, sind ein Kritikpunkt an der EU-Flüchtlingspolitik. Dies zwingt Flüchtlinge zu langen und gefährlichen Reisen über illegale Routen und fördert das Schlepperwesen. Eine Folge davon sind regelmäßig auftretende **Katastrophen**: In den vergangenen 25 Jahren sind alleine im Mittelmeer über 20.000 Menschen ums Leben gekommen.³¹ Auch an Land ereignen sich immer wieder Tragödien wie der Fall mit 71 in einem LKW ersticken Flüchtlingen im August 2015. Die österreichische Plattform „Gegen Unrecht“, die von zahlreichen Organisationen, darunter Caritas, Amnesty International und Volkshilfe unterstützt wird, fordert daher einen *„sicheren und legalen Zugang für schutzsuchende Menschen, um in Europa Asyl zu beantragen“*.³²

Seit 2015 mehren sich die Stimmen, die ein einheitliches europäisches Asylrecht fordern. Derzeit sind die meisten asylrechtlichen Bestimmungen noch in nationaler Kompetenz. Das hat zur Folge, dass ein Flüchtling in verschiedenen EU-Ländern **sehr unterschiedliche Chancen** hat, Asyl zu bekommen. Zudem haben viele Mitgliedsstaaten ihre Asylrechte verschärft, um Flüchtlinge abzuhalten bzw. abzuschrecken. Druck für eine Vereinheitlichung des Asylrechts kommt von VertreterInnen verschiedener Fraktionen im EU-Parlament (u.a.

²⁹ vgl. Die Welt (12.11.2015): EU-Milliarden für Afrikas Anti-Flüchtlings-Politik

³⁰ vgl. Europäischer Rat: Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016

³¹ vgl. Caritas Österreich: Flüchtlingstragödie im Mittelmeer

³² Caritas Österreich: Gegen Unrecht

SozialdemokratInnen, Konservative, Liberale, Grüne). Da mehrere Nationalstaaten dem Vorhaben ablehnend gegenüber stehen, ist nicht mit einer baldigen Harmonisierung zu rechnen.^{33,34}

2.5.2. Grenzüberwachung

Die EU-Grenzschutzorganisation und ihre aktuelle Mission **Triton** wird vor allem von Menschenrechtsorganisationen kritisiert. Ihr Rettungsradius ist im Vergleich zur Vorgängermission Mare Nostrum deutlich geringer, das Budget beträgt nur ein Drittel von Mare Nostrum und im Vordergrund steht nicht mehr die Seenotrettung, sondern die **Abwehr von Flüchtlingen**. In Folge dessen steigt die Zahl der Toten im Mittelmeer wieder. Die Plattform „Gegen Unrecht“ fordert daher eine *„sofortige Wiedereinführung der Rettungsaktion Mare Nostrum 2.0 mit Rettungsbooten durch gemeinsame Mittel aller EU-Mitgliedsstaaten im Mittelmeer“*.³⁵

2.5.3. Vorgehen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingskrise ab 2015

Das wenig spürbare Vorgehen der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Krisen vor Ort steht im Zentrum der Kritik von Menschenrechtsorganisationen. Neun von zehn Syrien-Flüchtlingen sind nach wie vor in der Region, vor allem im Libanon und in Jordanien. Doch ihre Lage wird immer prekärer, **es fehlt an Lebensmitteln und Gesundheitsversorgung**. Die Caritas kritisiert, dass die gesamte Hilfe *„systematisch unterfinanziert“*³⁶ sei. Das UN-Hochkommissariat für das Flüchtlingswesen (UNHCR) beklagt, dass das Welternährungsprogramm und verwandte humanitäre Organisationen bisher keine ausreichenden finanziellen Mittel erhalten hätten, um ihre für Millionen von Flüchtlingen lebenswichtigen Aufgaben erfüllen zu können. Von den bei der ersten Geberkonferenz für Syrien im März 2015 zugesagten 3,6 Milliarden US-Dollar wurde nur ein Teil tatsächlich gezahlt.³⁷ Bei der zweiten Geberkonferenz 2016 wurden 6 Milliarden Euro zugesagt, was zwar den von der UNO angemeldeten Bedarf weiterhin nicht deckt, aber einen deutlichen Fortschritt darstellt.³⁸

Ende 2015 und Anfang 2016 geriet die Politik der Wiedererrichtung von **Grenzkontrollen und Grenzzäunen** in mehreren europäischen Ländern nach Vorbild Ungarns in den Fokus der Kritik von Zivilgesellschaft sowie sozialdemokratischen, grünen und linken Parteien. Verheerend sei nicht nur die Symbolik, im vereinten Europa Grenzen wieder aufzuziehen. Auch die Kosten für die Errichtung und der Schaden für die Wirtschaft durch die Verzögerungen an der Grenze seien signifikant. Ungarn hat für seine Grenzsicherungsmaßnahmen bisher 200 Mio. Euro ausgegeben – wesentlich mehr als für die Flüchtlingshilfe.³⁹ Kritisiert wird zudem, dass Grenzzäune innerhalb der EU eine

³³ vgl. Süddeutsche Zeitung (05.04.2016): Europa braucht ein gemeinsames Asylrecht

³⁴ vgl. Kleine Zeitung (06.04.2016): EU-Kommission stellt Plan für einheitliche Asylpolitik vor

³⁵ Caritas Österreich: Gegen Unrecht

³⁶ ORF (02.09.2015): Systematisch unterfinanziert

³⁷ vgl. Die Presse (26.08.2015): Internationale Solidarität ist gefragt

³⁸ vgl. Tagesschau (04.02.2016): Milliarden für die Flüchtlingshilfe

³⁹ vgl. Die Presse (07.11.2015): Was Zäune an den Grenzen bewirken

unsolidarische Maßnahme gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten seien: denn sie sorgten nicht für eine Bekämpfung der Fluchtursachen, sondern nur für eine Verlagerung der Flüchtlingsströme.

Das umstrittene **Flüchtlings–Abkommen der EU mit der Türkei** bezeichnet Amnesty International als „*menschenverachtend und rechtswidrig (...) Amnesty International hat dokumentiert, dass die Türkei syrische und irakische Flüchtlinge in deren von Krieg und Gewalt zerrütteten Heimatländer abgeschoben hat.*“ Die Türkei könne daher kein sicherer Drittstaat sein. Amnesty fordert stattdessen „*endlich umfassende sichere Zugangswege für Flüchtlinge und eine gesamteuropäische Lösung, bei der die Schutzbedürftigkeit der Menschen im Mittelpunkt steht und nicht die Abschottung.*“⁴⁰

⁴⁰ Amnesty International (2016): Das EU–Türkei–Abkommen ist rechtswidrig

3. Flüchtlingspolitik in Österreich

3.1. Aktuelle Zahlen

Seit Ende des Jahres 2014 macht sich der Syrien-Krieg auch in Österreich durch einen deutlichen Anstieg der Asylanträge bemerkbar. Während zwischen 2006 und 2013 die Zahl der Anträge stetig unter 20.000 pro Jahr lag, stieg die Zahl im Jahr 2014 auf über 28.000 Anträge. Im Jahr 2015 erfolgte ein weiterer deutlicher Anstieg, rund 89.000 Menschen beantragten Asyl.

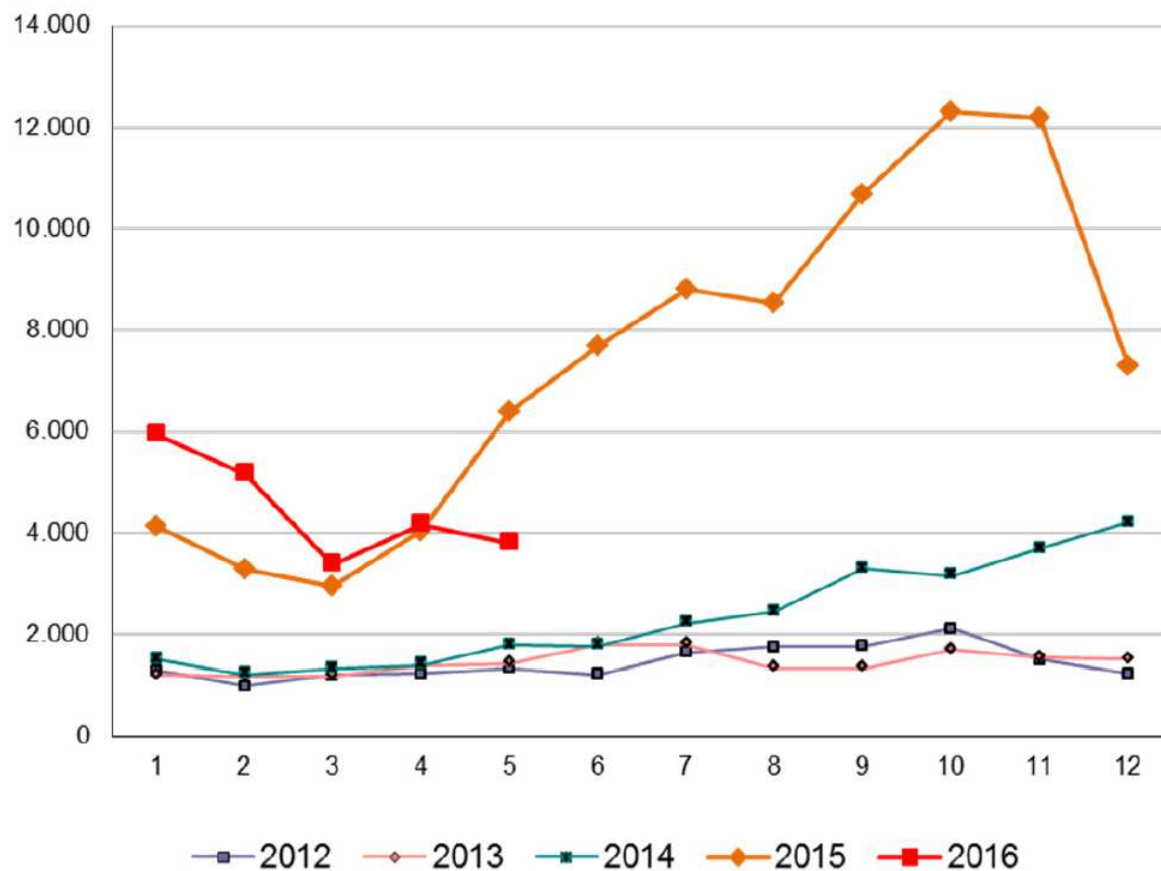


Abbildung 3: Monatliche Entwicklung der Asylanträge, 2012–2016⁴¹

Die Asylanträge in Österreich wurden im Jahr 2015 hauptsächlich von Menschen aus den Bürgerkriegsländern Afghanistan und Syrien gestellt. Mit jeweils etwa 25.000 Anträgen stellten sie gemeinsam fast 60% der Ansuchen. Dahinter folgen Schutzsuchende aus dem Irak mit etwa 15% der Asylanträge.

⁴¹ Bundesministerium für Inneres: Statistik Asylwesen

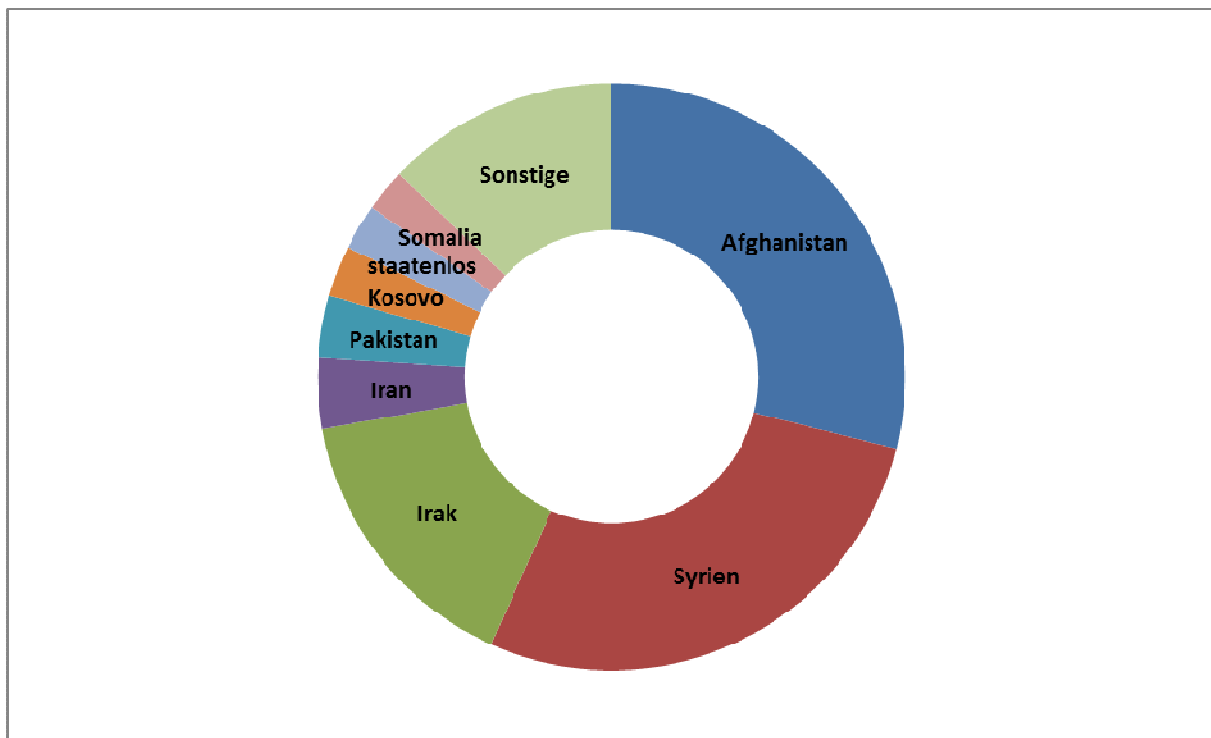


Abbildung 4: Asylanträge nach Staatsangehörigkeit⁴²

3.2. Asylrecht und Asylverfahren

Die Grundlage für das österreichische Asylverfahren bildet das **Asylgesetz** 2005. Das Verfahren dient der Feststellung eines möglichen Anrechts auf Asyl gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention und der Qualifikationsrichtlinie. Bei erstinstanzlichen asyl- und fremdenpolizeilichen Verfahren ist in Österreich seit Jänner 2014 das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) zuständig.⁴³ Es besteht die Möglichkeit der Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht als außerordentliches Rechtsmittel.

Zunächst findet das sogenannte **Zulassungsverfahren** statt, welches bis zu 20 Tage dauern darf, außer es werden Konsultationen nach der „Dublin-Verordnung“ durchgeführt. In dieser Phase wird geklärt, ob Österreich für das Asylverfahren überhaupt zuständig ist.⁴⁴ An das Zulassungs- schließt das **inhaltliche Verfahren**. Im Laufe dessen entscheidet sich, ob der/die Asylwerbende zum anerkannten Flüchtling erklärt wird oder nicht.

Falls kein Anrecht auf Asyl besteht, bedarf es der Prüfung weiterer Faktoren, die einer Abschiebung nach der Genfer Flüchtlingskonvention dennoch entgegenstehen. Flüchtlinge, die eine diesbezügliche Anerkennung erhalten, sind dann subsidiär schutzberechtigt und erhalten eine vorläufige Aufenthaltserlaubnis für zumindest ein Jahr.⁴⁵

⁴² vgl. Bundesministerium für Inneres: Statistik Asylwesen

⁴³ vgl. Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Aufgaben des BFA

⁴⁴ vgl. Bundesverwaltungsgericht: Zulassungsverfahren

⁴⁵ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

Wird ein Antrag auf Schutz endgültig abgelehnt, kommt es nicht automatisch zu einer Ausweisung: Die Behörde prüft erst, ob durch eine Ausweisung die Verletzung von Art. 3 (Verbot der Folter) oder 8 (Recht auf Privat- und Familienleben) der Europäischen Menschenrechtskonvention drohen würde.⁴⁶ Falls eine **Ausweisung** beschlossen wird, hat die betroffene Person unverzüglich auszureisen.

In bestimmten Fällen kann das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl **Schubhaft** erlassen, etwa im Falle einer Gefährdung der Abschiebung, zum Beispiel aufgrund der Weigerung der betreffenden Person, aus Österreich auszureisen. Diese darf maximal sechs Monate dauern.⁴⁷

Ein Asylverfahren dauerte in Österreich im Jahr 2015 im Schnitt 4,2 Monate bis zur Entscheidung in 1. Instanz. Damit gehören die österreichischen Behörden zu den schnellsten Behörden Europas. In Deutschland betrug die durchschnittliche Dauer 5,1 Monate.⁴⁸

3.3. Sozialleistungen

Die Betreuung und Grundversorgung von AsylwerberInnen und hilfsbedürftigen Fremden wird auf Bundesebene durch das Grundversorgungsgesetz 2005 sowie in den Ländern durch eigene Landesgesetze geregelt. Rechtsgrundlage für die bundesweit einheitliche Gewährleistung der vorübergehenden **Grundversorgung** bildet die Grundversorgungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Bundesländern.⁴⁹ Die Kosten für die Leistungen aus der Grundversorgung werden zu 60 Prozent vom Bund und zu 40 Prozent von den Ländern getragen. Dauert das Asylverfahren länger als 12 Monate, muss der Bund die kompletten Kosten alleine tragen.⁵⁰

Nach der Einbringung des Asylantrags werden die Asylsuchenden in eines der drei Erstaufnahmezentren (Traiskirchen/NÖ, Thalham/OÖ, Flughafen Wien) gebracht. Dort werden sie registriert, befragt und meistens für die Dauer des sogenannten Zulassungsverfahrens untergebracht. Die Erstaufnahmezentren fallen unter die Zuständigkeit des Bundes.

Falls festgestellt wird, dass Österreich für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist, sollten den AsylwerberInnen Unterkünfte in den Bundesländern zugewiesen werden.⁵¹ Innerhalb Österreichs sollten die AsylwerberInnen nach einem dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen entsprechenden Schlüssel auf die Bundesländer verteilt werden.⁵²

Alle GrundversorgungsbezieherInnen erhalten ein **monatliches Taschengeld** in Höhe von 40 Euro pro Person. Zudem inkludiert die Grundversorgung eine Krankenversicherung sowie finanzielle Unterstützung bei Bekleidungs- und Schulbedarf: 150 bzw. 200 Euro pro Jahr. Sind die AsylwerberInnen **in organisierten Unterkünften** untergebracht, erhalten die

⁴⁶ vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Asylgesetz 2005

⁴⁷ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Schubhaft.

⁴⁸ vgl. Kurier (26.07.2015): Österreich, die Tür zum Asylparadies?

⁴⁹ vgl. Bundesministerium für Inneres: Asylwesen

⁵⁰ vgl. Land Salzburg: Grundversorgung

⁵¹ vgl. UNHCR (2013): Flucht und Asyl in Österreich

⁵² vgl. Land Steiermark: Grundversorgung von AsylwerberInnen

Unterkunftsgeber täglich 20,50 Euro pro Person, was etwa 600 Euro im Monat entspricht. Da das Geld für Verpflegung und Unterkunft bereitgestellt wird, geht es direkt an die Betreuungseinrichtungen. Flüchtlinge, die dagegen selbstständig – etwa **in Privatunterkünften** – wohnen oder untergebracht werden, erhalten monatlich 320 Euro pro Person, von denen sie Mietkosten, Lebensmittel und alle anderen Güter des täglichen Bedarfs bezahlen müssen.⁵³ Der Verpflegungsbeitrag für Kinder beträgt 90 Euro im Monat.

Asylberechtigte, also Menschen mit einem rechtskräftigen positiven Asylbescheid, haben ein dauerndes Aufenthaltsrecht in Österreich sowie in den meisten Bundesländern Anspruch auf dieselben Sozialleistungen wie ÖsterreicherInnen, z.B. die bedarfsorientierte Mindestsicherung und die Familienbeihilfe.⁵⁴

Subsidiär Schutzberechtigte haben auch Anspruch auf Sozialleistungen, jedoch nur in eingeschränktem Maß. So wird die bedarfsorientierte Mindestsicherung in manchen Bundesländern nur in gekürztem Ausmaß ausgezahlt.

3.4. Arbeitsrecht

Nicht-österreichische Staatsangehörige und somit auch AsylwerberInnen fallen unter das Ausländerbeschäftigungsgesetz. AsylwerberInnen sind in ihrem **Zugang zum Arbeitsmarkt** demnach **stark eingeschränkt**. Sie dürfen lediglich in folgenden Bereichen eine Tätigkeit oder Beschäftigung ausüben: Hilfstätigkeiten im Quartier, eine selbständige Tätigkeit in Berufen ohne Befähigungsnachweis, Saisonarbeit (Landwirtschaft oder Tourismus) oder eine gemeinnützige Tätigkeit z.B. im Auftrag einer Gemeinde. Jugendliche bis 25 Jahre sind zudem berechtigt, in Berufen mit Lehrlingsmangel eine Lehre zu beginnen.⁵⁵

Die Bestimmungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes gelten nicht für anerkannte Flüchtlinge (Asylberechtigte) und subsidiär Schutzberechtigte. Diese beiden Gruppen sind arbeitsrechtlich ÖsterreicherInnen gleichgestellt.⁵⁶ Für subsidiär Schutzberechtigte ist der Zugang zum Arbeitsmarkt dennoch erschwert: Da der Status nur für ein Jahr vergeben wird und danach alle zwei Jahre verlängert werden muss, scheuen Arbeitgeber meist davor zurück, sich mit den Betroffenen auf Verträge einzulassen.⁵⁷

3.5. Vorgehen Österreichs in der Flüchtlingskrise ab 2015

Zu **Beginn** der Flüchtlingskrise im Sommer 2015 zeigte sich das Innenministerium mangelhaft vorbereitet: die Unterkünfte wie das Erstaufnahmezentrums Traiskirchen waren rasch überfüllt.⁵⁸ Es wurden Zeltstädte errichtet und viele Gemeinden weigerten sich, Flüchtlinge aufzunehmen.

⁵³ vgl. UNHCR: Q&A: Asylsuchende in Österreich

⁵⁴ vgl. Arbeiterkammer Vorarlberg: Daten, Zahlen, Fakten zum Asylthema

⁵⁵ vgl. AMS Oberösterreich (2015): Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerberinnen und Asylwerber

⁵⁶ vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Ausländerbeschäftigungsgesetz

⁵⁷ vgl. Der Standard (17.03.2015): Subsidiärer Schutz: Wenn der Koffer immer halb gepackt ist

⁵⁸ vgl. Amnesty International (2015): Research Mission Traiskirchen

Im August 2015 ernannte die Bundesregierung Christian Konrad zum „**Flüchtlingskoordinator**“, der bis zum Winteranbruch genügend feste Quartiere organisieren sollte. Durch das „**Durchgriffsrecht**“ ist es den Bundesbehörden seit Oktober 2015 möglich, bestehende Gebäude per Bescheid für die Unterbringung von Asylwerbern heranzuziehen, ohne dass die Gemeinden das ablehnen können.⁵⁹

Im **Spätsommer 2015** orientierte sich die österreichische Bundesregierung dann an der Politik Deutschlands. Unter großem Einsatz der Hilfsorganisationen, der Behörden, der ÖBB und vieler Freiwilliger gelang es, hunderttausende Schutzsuchende aus Ungarn (vor allem über Wien) und später aus Slowenien nach Deutschland weiterzubefördern. Nur ein verhältnismäßig geringer Anteil der Flüchtlinge suchte in Österreich um Asyl an.

Ab Herbst 2015 distanzierte sich die Bundesregierung zunehmend von der Politik Deutschlands und der Hoffnung auf eine europäische Lösung. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner verkündete, man müsse angesichts der fortgesetzten Ankünfte Schutzsuchender über die Balkan-Route an einer „**Festung Europa**“ bauen.⁶⁰ Die ÖVP forderte die Errichtung von Grenzzäunen und die Wiederaufnahme von Grenzkontrollen. Alle Flüchtlinge, die nicht in Österreich einen Asylantrag stellen wollen, sollten nicht mehr einreisen dürfen. Nach anfänglichem Widerstand stimmte Bundeskanzler Werner Faymann den Forderungen zu.⁶¹ Schließlich wurde im Jänner 2016 für 2016 ein „**Richtwert**“ von 37.500 AsylwerberInnen beschlossen.

Auf Einladung von Außenminister Sebastian Kurz fand im Februar 2016 die „Westbalkan-Konferenz“ in Wien statt. Die Teilnehmerländer Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Österreich beschlossen eine **De-facto-Schließung der Balkan-Route** ab der mazedonisch-griechischen Grenze. Für die Sicherung dieser Grenze wurde auch Unterstützung durch österreichische PolizistInnen versprochen.⁶²

Im April 2016 wurde im Nationalrat das **Asylrecht erneut verschärft**. Die wesentlichen Änderungen betreffen "Asyl auf Zeit", eine „Notverordnungs“-Bestimmung und die Einschränkung des Familiennachzugs. "Asyl auf Zeit" gilt für alle AsylwerberInnen, die seit 15. November 2015 eingetroffen sind. Für sie wird der Asylstatus nur noch für drei Jahre vergeben. Ändert sich die Sicherheitslage im Herkunftsland, wird der Flüchtlingsstatus aufgehoben und die Person muss Österreich verlassen. Die „Notverordnungs-Bestimmung“ bedeutet, dass bei größeren Flüchtlingsströmen per Verordnung "Sonderbestimmungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des Schutzes der inneren Sicherheit während der Durchführung von Grenzkontrollen" einzuleiten sind. Dies hätte zur Folge, dass an der Grenze keine Anträge mehr gestellt werden können, sondern alle Flüchtlinge im jeweiligen Nachbarland zu verbleiben hätten. Der verschärfte Familiennachzug betrifft vor

⁵⁹ vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden

⁶⁰ vgl. Der Standard (23.10.2015): Verzweiflung und Verwirrung unter Flüchtlingen in Spielfeld

⁶¹ vgl. DW (17.01.2016): Faymann: Schengen-Regeln "temporär außer Kraft gesetzt"

⁶² vgl. Kurier (24.02.2016): "Kettenreaktion der Vernunft" vs. "Putsch"

allem subsidiär Schutzberechtigte. Sie können ihre engsten Angehörigen künftig nicht mehr nach einem Jahr, sondern erst nach drei Jahren Aufenthalt nach Österreich nachholen.^{63,64}

3.6. Kritik

3.6.1. Asylrecht und Asylverfahren

Laut eigener Einschätzung von Ex-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hat Österreich „eines der schärfsten Asylgesetze Europas“.⁶⁵ Zudem ist das österreichische Fremdenrecht so komplex, dass es selbst für fachkundige ExpertInnen inzwischen schwer zu durchschauen ist. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert, dass das Asylgesetz und das Fremdenpolizeigesetz **Asylwerbende in erster Linie „als Sicherheitsproblem“** auffassen. Das Asylgesetz verabsäume eine kritische Abwägung zwischen den Durchsetzungsbedürfnissen der Behörden und ihrer Organe einerseits und der Wahrung der sozialen und menschenrechtlichen Ansprüche der betroffenen Menschen andererseits.

Als bedenklich im Sinne der Menschenrechte wird auch die Inschubhaftnahme von AsylwerberInnen – eine sogenannte **Sicherungshaft**, die ohne den Verdacht der Begehung einer Straftat verhängt werden kann – gesehen. Insbesondere in der seit dem Jahr 2011 gesetzlich erlaubten **Schubhaft für Minderjährige** spiegle sich das im EU-Recht verankerte Wohl des Kindes unzureichend bis gar nicht wider. Europarechtlichen Vorgaben werde damit – so Amnesty – teilweise, sofern sie für die betroffenen Personen günstiger sind, nicht entsprochen bzw. hauptsächlich jene Bestimmungen genutzt, die es ermöglichen, noch strikter gegen Fremde und AsylwerberInnen vorzugehen.⁶⁶

3.6.2. Sozialleistungen und Arbeitsrecht

Die derzeit hohen Flüchtlingszahlen offenbaren gravierende Probleme in der Grundversorgung von Asylwerbenden. Die Unterbringungsquote wurde lediglich von Wien als einzigem Bundesland regelmäßig erfüllt. In den anderen Bundesländern gab und gibt es immer wieder einen akuten Mangel an Quartieren. Die Schuld und Verantwortung wiesen sich wiederholt gegenseitig Innenministerium, Landeshauptleute und Gemeinden zu. Dem Engpass wurde mit provisorischen Zeltstädten und einer Überbelegung des Erstaufnahmezentrums Traiskirchen begegnet. Im für 1.800 Menschen eingerichteten Lager befanden sich Ende Juli 2015 4.500 Personen, was etwa Amnesty International heftig kritisierte. Nach dem Rückgang der Flüchtlingsankünfte und der Einführung des Durchgriffsrechts im Herbst 2015 besserte sich die Situation. Dennoch nehmen bis heute **hunderte österreichische Gemeinden keinen einzigen Flüchtling** auf, worauf zum Beispiel Wiens Bürgermeister Michael Häupl regelmäßig hinweist.⁶⁷

⁶³ vgl. Die Presse (27.04.2016): Asyl: Verschärfungen mit vier roten Gegenstimmen beschlossen

⁶⁴ vgl. Kurier (26.01.2016): Regierung beschließt „Asyl auf Zeit“

⁶⁵ Kronen Zeitung (26.01.2016): Neues Asylgesetz „eines der schärfsten in Europa“

⁶⁶ vgl. Amnesty International (2011): Fremdenrechtsänderungsgesetz 2011; Amnesty International (2015): Änderung des Fremdenrechtsgesetzes

⁶⁷ vgl. Kurier (14.05.2016): Häupl will Strafzahlungen für Gemeinden ohne Flüchtlinge

Vor allem die ÖVP kritisiert ab Anfang 2016 **die zu hohen Sozialleistungen** für Asylberechtigte. Gefordert wurde eine Kürzung der Mindestsicherung. In Oberösterreich, wo seit 2015 eine ÖVP-FPÖ-Regierung im Amt ist, wurde dieser Schritt bereits umgesetzt. Nicht nur SPÖ und Grüne, auch die Flüchtlingskoordinatoren der römisch-katholischen Diözesen Österreichs lehnen dies ab. Sie befürchten verstärkte Obdachlosigkeit und prekäre Wohnverhältnisse unter anerkannten Flüchtlingen. Reinhold Entholzer, SPÖ-Soziallandesrat in Oberösterreich, wies auf die Folgen der Mindestsicherungs-Kürzung für Kinder hin: bei einer Kürzung würden ihnen unter anderem Mangelernährung, schlechte Gesundheit, schlechtere Bildungschancen und soziale Ausgrenzung drohen. Die Folgekosten für den Staat wären enorm.⁶⁸

Eine frühere **Arbeitserlaubnis** für AsylwerberInnen hat im Mai 2016 auch Bundeskanzler Christian Kern gefordert. "Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir das beschleunigen können. Man muss mit der Integration so früh wie möglich beginnen."⁶⁹

Zur Lösung der Probleme haben neun NGOs, darunter Caritas, Rotes Kreuz und Volkshilfe, bereits im Juni 2015 einen 6-Punkte-Soforthilfekatalog präsentiert.⁷⁰ Die Forderungen sind:

1. Übernahme sämtlicher Unbegleiteter Minderjähriger Flüchtlinge (UMF) in die Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe der Bundesländer;
2. Anhebung der Tagsätze für organisierte Quartiere auf 25 Euro;
3. Angleichung der Kostenersätze für privat Wohnende an jene der organisierten Quartiere, damit Asylsuchende am Wohnungsmarkt selbst Unterkünfte finden können;
4. Bereitstellung von Wohnraum für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, sowie entsprechender flächendeckender Integrationsangebote;
5. Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylsuchende, die bereits länger als 6 Monate im Asylverfahren sind;
6. Planung und Notfallsmanagement um zukünftigen Engpässen in der Unterbringung und Betreuung zu begegnen.

3.6.3. Vorgehen Österreichs in der Flüchtlingskrise ab 2015

Wurde die Bundesregierung im Sommer 2015 noch vorwiegend von rechten Parteien und Boulevardmedien für ihre vermeintlich zu wenig restriktive Flüchtlingspolitik kritisiert, kam die Kritik nach dem Meinungsschwenk im Herbst 2015 hauptsächlich von linken Parteien, Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen sowie großer Teile der Zivilgesellschaft.

Mit ihrer unabgestimmten Vorgehensweise und immer wieder neuen, an Ideen der FPÖ angelehnten Maßnahmen, verbreitete die Bundesregierung nach Ansicht zahlreicher

⁶⁸ vgl. Der Standard (05.04.2016): Mindestsicherung: Katholiken warnen vor Obdachlosigkeit

⁶⁹ vgl. Der Standard (24.05.2016): Kern will rasche Arbeitserlaubnis für Asylwerber

⁷⁰ vgl. Informationsverbund Asyl und Migration (2015): 6 Punkte Sofortmaßnahmenkatalog

KommentatorInnen Angst und Verunsicherung. Diese Vorgehensweise sei auch ein Hauptgrund für immer höher steigende Umfragewerte der FPÖ.

Die **Asylrechtsnovelle vom April 2016** wird nicht nur von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, sondern selbst von vielen AkteurInnen in der Kanzlerpartei SPÖ scharf abgelehnt. Kritik gegen mehrere Bestimmungen des Gesetzes kam von vielen Seiten in ähnlich lautender Form, „Asyl auf Zeit“ bedeute einen bürokratischen Mehraufwand, die Behörde müsse in drei Jahren doppelt so viele Fälle überprüfen. Zudem erschwere sie die Integration Asylberechtigter in den Arbeitsmarkt.⁷¹ Kritisiert wurde das „*Herbeireden eines Notstands*“ durch die neue Notstandsregelung. Mehrere SPÖ-MandatarInnen stimmten der Novelle im Nationalrat nicht zu: *„Mit dem Argument, dass die innere Sicherheit gefährdet sei, muss man sehr vorsichtig sein.“*⁷² Auch die Neuregelung des Familiennachzugs wurde von vielen Seiten kritisiert. Die einzige Möglichkeit, legal einzureisen und um Asyl anzusuchen, werde so verwehrt.

Während die Regierung viele Bemühungen in die Verschärfung des Asylrechts und öffentlichkeitswirksame Forderungen investiere, **bleiben außenpolitisches Engagement, Hilfe vor Ort und Integration auf der Strecke**, kritisieren Hilfsorganisationen. Caritas-Präsident Michael Landau fordert von der Bundesregierung *„deutlich mehr Einsatz und Engagement“* in Krisenregionen – *„fehlende Hilfe vor Ort zwingt Menschen zur Flucht“*. Die Mittel zur langfristigen, bilateralen Entwicklungszusammenarbeit seien in den vergangenen fünf Jahren *„drastisch geschrumpft“*. Wichtig wäre weiters, sich wesentlich intensiver um *„einheitliche EU-weite Asylverfahren und Grundversorgungsstandards“* zu kümmern. In Österreich brauche es eine „Integrationsmilliarde“, um etwa Sprachkurse und ein Ausbildungsangebot zu ermöglichen. Pläne zur Kürzung der Mindestsicherung lehnt er entschieden ab. Man dürfe nun *„trotz Flüchtlingskrise nicht auf Armut unter Österreichern vergessen.“*⁷³

⁷¹ vgl. Der Standard (03.11.2015): SPÖ Wien kritisiert Regierungsplan für "Asyl auf Zeit"

⁷² Der Standard (11.04.2016): Asylnovelle: SPÖ-Mandatare gegen Faymann

⁷³ Caritas Österreich (2016): Nicht "entweder oder", sondern "sowohl als auch"

4. Best-Practice-Beispiele

4.1. Nationale Ebenen

4.1.1. Schweden⁷⁴

Von allen Ländern der Europäischen Union ist heute Schweden jener Staat, der **pro EinwohnerIn die mit Abstand meisten Asylsuchenden** aufnahm, allein 2015 über 160.000. Auch der Anteil an AsylwerberInnen, die einen positiven Bescheid erhielten, ist überdurchschnittlich hoch. Zwischen den meisten Parteien herrschte selbst am Höhepunkt der Flüchtlingskrise Konsens, dass man Flüchtlinge willkommen heißen sollte. Die Mehrheit der BürgerInnen ist stolz auf ihr Selbstbild eines offenen und toleranten Landes.

Im Juni 2016 wurde das Asylrecht allerdings mit deutlicher Mehrheit im Parlament verschärft: es werden in der Regel nur mehr 3jährige Aufenthaltsbewilligungen gewährt und der Familiennachzug wird begrenzt. Schweden habe Grenzen bei der angemessenen Unterbringung der Flüchtlinge erreicht, hieß es.

An dem Ende der 1980er Jahre entwickelten System der Verteilung von Flüchtlingen und der Aufnahme in den Gemeinden wird bis heute in groben Zügen festgehalten: Nach Einreise und Asylantragstellung werden die meisten Asylwerbenden für kurze Zeit in Erstaufnahmezentren der Asylbehörde *Migrationsverket* untergebracht. Während *Migrationsverket* die Asylgründe prüft, können die AsylwerberInnen entweder bei Verwandten oder Freunden unterkommen oder ihnen wird eine Wohnung zugeteilt. Die aufnehmenden Gemeinden entscheiden selbst, ob und wenn ja wie viele Asylwerbenden sie pro Jahr aufnehmen möchten, und stellen kommunale Wohnungen zur Verfügung, die *Migrationsverket* anmietet und bezahlt.

Um unverhältnismäßig starke Konzentrationen der eingewanderten Bevölkerung an bestimmten Orten zu verhindern, versucht die Regierung im Rahmen der so genannten **"Ganz-Schweden-Politik"** auch, neu ins Land gekommene Asylwerbende und anerkannte Flüchtlinge über das ganze Land zu verteilen. So soll zugleich der in entlegenen Regionen, vor allem in Mittel- und Nordschweden, erkennbaren Tendenz der Überalterung und der Abwanderung der jungen Bevölkerung in die Großstädte entgegengewirkt werden.

Asylwerbende, die in Schweden als Flüchtlinge anerkannt werden oder aus humanitären Gründen ein Aufenthaltsrecht bekommen, haben einen obligatorischen **"Schwedisch für Einwanderer"-Kurs** zu belegen, der von der jeweils aufnehmenden Gemeinde angeboten und bezahlt wird. Hier wird nicht nur die schwedische Sprache gelehrt, sondern es werden auch Kenntnisse über die Gesellschaftsordnung und schwedische Traditionen vermittelt. Der Kurs wird mit einer Prüfung abgeschlossen, die als eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitssuche gilt. Die Politik vertritt die Auffassung, die beste Art der Integration in die schwedische Gesellschaft sei eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt.

Neben AsylwerberInnen, die nach Schweden kommen und dort einen Asylantrag stellen, nimmt Schweden seit 1950 in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) auch Kontingentflüchtlinge auf. MitarbeiterInnen von

⁷⁴ vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik; Süddeutsche Zeitung (31.08.2015): Offenes Land – verschlossenes Land

Migrationsverket reisen in Länder, in denen Flüchtlinge eine vorläufige Zuflucht gefunden haben, und wählen in Zusammenarbeit mit dem UNHCR Personen aus, die als besonders schutzbedürftig erachtet werden. In den letzten Jahren wurde jeweils 1.200 bis 1.900 Flüchtlingen aus Krisengebieten eine Neuansiedlung in Schweden ermöglicht.

4.1.2. Österreich historisch⁷⁵

Österreich war jahrzehntlang eines der größten Erstaufnahmeländer von Auswanderern und Flüchtlingen in Europa: Rund **zwei Millionen Flüchtlinge wurden seit 1945 aufgenommen**, fast 700.000 davon blieben im Land.

Bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich rund 1,4 Millionen Vertriebene im besetzten Österreich, darunter viele Sudetendeutsche. In Folge des Volksaufstandes in Ungarn suchten 1956 180.000 Menschen Zuflucht, von denen zwar viele weiter nach Amerika auswanderten, aber auch etwa 18.000 blieben. 1968 brachten sich 162.000 Tschechen und Slowaken nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die damalige Tschechoslowakei und dem damit verbundenen Ende des "Prager Frühlings" in Österreich in Sicherheit. 12.000 von ihnen ließen sich für immer hier nieder.

1972 nahm Österreich laut UNHCR aufgrund international vereinbarter Quoten erstmals nicht-europäische Flüchtlinge auf: 1.500 asiatisch-stämmige Ugander, danach Chinesen, Vietnamesen, Kambodschaner und Kurden. 1980/81 als in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde, kamen 33.000 Flüchtlinge nach Österreich.

In der jüngeren Vergangenheit trieben die Kriege am Balkan beim Zerfall Jugoslawiens Zehntausende in die Flucht. Um den Jahreswechsel 1991/1992 kamen rund 13.000 Menschen aus Kroatien, der Großteil kehrte im Frühjahr 1992 wieder nach Hause zurück. Zu diesem Zeitpunkt trafen die ersten Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ein. Rund 90.000 Menschen wurden in Österreich aufgenommen, rund 60.000 von ihnen blieben.

4.2. Kommunale Ebenen

4.2.1. Riace (Italien)⁷⁶

Ihr Umgang mit Flüchtlingen hat die 2.000-Einwohner-Gemeinde in Kalabrien zum **Vorzeigemodell für ganz Europa** gemacht. Unter der Führung eines engagierten Bürgermeisters und mit Hilfe von Flüchtlingen wurde die sterbende Gemeinde wieder in einen blühenden Ort verwandelt.

Die Geschichte begann 1998, als 200 kurdische Flüchtlinge mit ihrem Boot am Strand des Dorfes Riace landeten. Sie waren am Ende ihrer Kräfte, hatten nichts mehr zu essen. In Riace gab es jede Menge leerstehender Häuser. Die Hälfte der BewohnerInnen war in den letzten

⁷⁵ vgl. Demokratiezentrum Wien (2013): Asyl in Österreich; Die Presse (30.07.2015): Seit 1945: Österreich nahm zwei Millionen Flüchtlinge auf; UNHCR: Flüchtlingsland Österreich

⁷⁶ vgl. Die Presse (15.05.2014): Italien: Wo Flüchtlinge als Chance betrachtet werden; ORF (21.08.2012): Riace – das gallische Dorf in der EU; Profil (18.05.2011): Italien: Ein Bürgermeister rettet Bootsflüchtlinge und damit sein Dorf; Zeit Online (13.11.2012): Flüchtlinge retten Riace vor dem Untergang

50 Jahren abgewandert, weil es in der Region an Arbeitsplätzen mangelte. Pizzeria, Bar und Schule von Riace mussten zusperren.

In Riace sah man die zweihundert KurdInnen nicht als Problem, sondern als **Chance für den Ort**. Man lud die Bootsflüchtlinge ein zu bleiben. Zuerst haben die BewohnerInnen gemeinsam mit den Flüchtlingen die leerstehenden Häuser bewohnbar gemacht. Der Lehrer Domenico Lucano gründete den **Verein Città Futura**, der sich mit Unterstützung der UNHCR um die Ankunft, Unterbringung und Bildungsprogramme für die Flüchtlinge kümmerte. Wenig später wurde er zum Bürgermeister des Dorfes gewählt. Città Futura eröffnete Handwerksbetriebe, wo immer ein einheimischer Dorfbewohner mit einem Neuankömmling zusammenarbeitet. Der Umgang mit den Flüchtlingen lockte auch immer mehr TouristInnen an, die nun in von den Flüchtlingen restaurierten Häusern ihren Urlaub verbringen. Auch wenn die lokale Wirtschaft bis heute durch die Macht der kalabrischen Mafia, der 'Ndrangheta gestört wird, hat Città Futura **eine lokale Mikroökonomie angefacht**. Der finanzielle Aufwand dieser Strategie ist laut dem Bürgermeister verhältnismäßig gering. Es kostet der Gemeinde 22 Euro pro Tag, um einen Flüchtling unterzubringen und ihn in Schulungs- und Beschäftigungsprogramme aufzunehmen.

In Kalabrien hat man das Potenzial auch für andere Gemeinden erkannt. Es wurde ein Gesetz beschlossen, das es anderen Dörfern ermöglichen soll, es Riace gleichzutun. Das Modell gilt heute als Vorbild für Abwanderungsregionen in der EU.

4.2.2. Bad Eisenkappel (Kärnten)⁷⁷

In der 2.400-Einwohner-Gemeinde Bad Eisenkappel, nahe der slowenischen Grenze gelegen, hatte sich Bürgermeister Franz Josef Smrtnik (Einheitsliste) schon 2009 dafür eingesetzt, ein neues Asylwerber-Erstaufnahmезentrum zu errichten. Das Gemeindebudget von fünf Millionen Euro wurde damals jährlich um 500.000 Euro überzogen. Die Zahl der EinwohnerInnen war in den vergangenen 30 Jahren um ein Drittel zurückgegangen, Arbeit gab es kaum noch. Mit dem Erstaufnahmезentrum wären 130 Arbeitsplätze geschaffen worden, außerdem eine Standortgarantie für Schule und Polizeiinspektion. Eine Wertschöpfung von 5,4 Millionen Euro jährlich wurde prognostiziert. Das Vorhaben scheiterte schließlich am Widerstand des damals noch in Kärnten regierenden BZÖ.

Nun stehen in Bad Eisenkappel zwei Asylwerberunterkünfte für insgesamt 105 Flüchtlinge zur Verfügung. Nachdem Asylwerbende keiner offiziellen Beschäftigung nachgehen dürfen, hat die **Gemeinde** nun, mit finanzieller Unterstützung von Privatsponsoren, **ein Beschäftigungsprogramm gestartet**. Dabei dürfen die Flüchtlinge 24 Stunden in der Woche zu vier Euro pro Stunde einer Arbeit nachgehen, für die keine EU-BürgerInnen oder entsprechend rechtlich gleichgestellte AusländerInnen zur Verfügung stehen. So helfen Asylwerbende in Bad Eisenkappel nun zum Beispiel am Bauhof mit, bei Wartungsarbeiten im Wasserwerk oder bei der Pflege der Grünanlagen im Ort.

⁷⁷ vgl. Die Presse (04.07.2009): Franz Josef Smrtnik: Der Asylrebell aus Kärnten; Kleine Zeitung (12.07.2015): Achmed und Liban: Flüchtlinge packen in der Gemeinde mit an; Kurier (21.06.2015): Bad Eisenkappel: Kontakt wird gefördert

4.2.3. Eichgraben (Niederösterreich)⁷⁸

In der niederösterreichischen Gemeinde Eichgraben hat die Aufnahme von Flüchtlingen eine lange Tradition. Im Jahr 1956 wurden Ungarn-Flüchtlinge im Pfarrhaus untergebracht, im Jahr 1968 einige Tschechen, in den 1990er-Jahren mehrere Iraner und im Jahr 2004 jene vier Nigerianer, die später Vorlage für den Film „Der schwarze Löwe“ waren. Im Oktober 2014 hat sich die 4.500-EinwohnerInnen-Gemeinde unter Bürgermeister Martin Michalitsch (ÖVP) bereit erklärt, wieder Flüchtlinge aufzunehmen. 25 Menschen aus dem Iran, dem Irak, Syrien, Georgien, Russland, Tschetschenien und dem Libanon wurden in einem ehemaligen Wirtshaus untergebracht. Derzeit sind etwa 100 Flüchtlinge in der Gemeinde untergebracht.

Die Initiative „Mosaik Eichgraben“ kümmert sich um die Inklusion der Flüchtlinge in der Wienerwaldgemeinde. Dazu gibt es eine Menge an Veranstaltungen und Projekten, die ein Miteinander fördern. Etwa einen Kreativ-Workshop, der bei einer örtlichen Keramikerin stattfand, bei dem sich die Flüchtlinge gemeinsam mit EichgrabnerInnen kreativ betätigen konnten. Die Kunstwerke wurden anschließend bei einem Fest, auf dem Asylwerbende musizierten, zugunsten der Finanzierung der Initiative verkauft und versteigert. Spielsachen werden gesammelt, es wird gemeinsam gekocht und getöpft. Ein weiteres Projekt ist der Wäsche-Shop. 100 EichgrabnerInnen spendeten Kleidung, im Pfarrhaus können die Flüchtlinge die Sachen anprobieren. Auch Willkommensfeste wurden veranstaltet, bei denen sich EichgrabnerInnen und Flüchtlinge kennen lernen und näher kommen konnten.

4.2.4. Gallneukirchen (Oberösterreich)⁷⁹

Im Auftrag des Landes Oberösterreich hat das Diakoniewerk in der Stadtgemeinde Gallneukirchen (6.200 EinwohnerInnen) im Unteren Mühlviertel die Betreuung und Grundversorgung von 25 Flüchtlingen aus Syrien übernommen. *„Die Leute waren immer sofort in Betreuung. Man hat gesehen, sie sind gut angekommen, und man hat sie umsorgt und gut aufgenommen“*, so Bürgermeisterin Gisela Gabauer (ÖVP). Die Standorte der Einrichtungen sind so gewählt, dass das Ortszentrum, die Nahversorgung und das öffentliche Verkehrsnetz zu Fuß erreichbar sind, was den Asylsuchenden die Möglichkeit gibt, **am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Stadtgemeinde teilzunehmen**.

Ehrenamtliche Helfer des **Vereins „Gemeinsam in Gallneukirchen“** kümmern sich in ihrer Freizeit um die Flüchtlinge. Mehr als 40 Mitglieder gehören derzeit zum Verein. Sie helfen den Asylwerbenden bei der Suche nach einer Arbeit und einer Wohnung und versuchen, sie in die Dorfgemeinschaft einzubinden. Der Wille zur Integration und das Engagement der BürgerInnen zeichnen die Arbeit in dieser Gemeinde aus. Ein Schlüssel dazu ist **eine gute Informationspolitik** gegenüber der Bevölkerung.

⁷⁸ vgl. Bezirksblätter Niederösterreich (23.02.2015): Flüchtlinge in Eichgraben: "Vertrauen durch Offenheit"; Falter 32/15: Persönliches zur Asyldebatte: Wie mein Dorf zu einer Vorzeigegemeinde wurde; Kurier (23.12.2014): Flucht ist kein Verbrechen; ORF (27.12.2014): Eichgraben: Ein Ort hilft Flüchtlingen

⁷⁹ vgl. Bezirksrundschau Oberösterreich (26.10.2014): Erste Flüchtlinge im Diakoniewerk angekommen; ORF (17.06.2015): Bevölkerung übernimmt Flüchtlingshilfe

4.2.5. Gleisdorf (Steiermark)⁸⁰

In der steirischen Stadt Gleisdorf (10.000 EinwohnerInnen) stehen seit Dezember 2014 zwei Liegenschaften, darunter ein ehemaliger Kindergarten, für die Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Die hier Asyl findenden rund 60 Menschen werden von der Caritas, der Stadt und von Ehrenamtlichen betreut, um eine bestmögliche Integration in Alltag und Gesellschaft zu ermöglichen. Die Freiwilligen haben sich mittlerweile im **Verein „I am Gleisdorf“** organisiert. Die Aktivitäten sind vielfältig: Es gibt Sprachkurse, Hilfe bei Arztbesuchen, Unterstützung auf Ämtern, Fahrräder werden angeboten. Aber handelt sich nicht in Gleisdorf nur um einseitige Hilfe, es gibt ein **Geben und Nehmen von beiden Seiten**: Asylwerber-Familien laden zum Essen ein und HelferInnen sind immer wieder zu Gast in den Unterkünften.

Gleisdorfs Bürgermeister Christoph Stark (ÖVP) betont die Selbstverständlichkeit im Zusammenhang mit humanistischen Initiativen: *„Uns allen war bei der Entscheidung, Flüchtlinge aufzunehmen, vollkommen klar, dass es auch Österreicher gibt, die dringend Hilfe benötigen. Aber wem, wenn nicht unserer hochentwickelten Gesellschaft, ist es zuzumuten, in einer Situation wie dieser die Hand auszustrecken?“* Pfarrer Gerhard Hörting erzählt: *„Wir gewähren bei uns im Ort seit einiger Zeit vier Männern aus Damaskus und zwei Frauen mit insgesamt vier Kindern aus Georgien bzw. Somalia Quartier. Diese Beherbergung ist eine neue und schöne Erfahrung.“*

4.2.6. Kitzbühel (Tirol)⁸¹

Seit März 2015 leben in der Tourismusmetropole Kitzbühel (8.200 Einwohner, 9.000 Gästebetten) bis zu 40 Flüchtlinge im Hotel Seehof. Die Versorgung übernimmt das Land, unterstützt wird es von der Kirche und ehrenamtlichen HelferInnen. Rund 40 von ihnen sind engagiert im Einsatz und helfen den Flüchtlingen beim Einkaufen, mit den Kindern und bei den Deutsch-Kursen. Vor Ort wird zudem eine psychologische Betreuung für die teils schwer traumatisierten Menschen angeboten. Die Integration soll möglichst einfach gestaltet sein. Während die Kinder Kindergarten und Schule besuchen, können einige Männer **öffentlich beauftragte Arbeiten** verrichten (80 Stunden monatlich, Stundenlohn 3 Euro). Zudem bemühen sich die Flüchtlinge, einiges im Haus zu reparieren, die Außenanlage zu pflegen und sie kochen selbst.

Die Organisatorin des Heims ist positiv überrascht vom gut gelingenden Zusammenleben: *„Die Bevölkerung ist unerwartet hilfsbereit, auch die Stadt hilft uns sehr, Feindseligkeiten gibt es nur auf sozialen Netzwerken, ansonsten zeigen die Kitzbüheler gutes Gemüt, auch über das Spendenkonto kommt immer etwas herein.“* Auch Freizeitmöglichkeiten und -projekte wurden gestartet. So kommt wöchentlich eine KünstlerInnen-Gilde zu Besuch und malt mit den Flüchtlingen Bilder. Einige der Asylwerbenden sind auch schon in Sportvereinen aktiv.

⁸⁰ vgl. Kleine Zeitung (04.09.2015): Bürgermeister Stark: "Flüchtlinge willkommen!"; Woche Steiermark (04.01.2015): Gleisdorf gewährt Flüchtlingen Asyl; I am Gleisdorf (2016): i am Gleisdorf – Wer sind wir?

⁸¹ vgl. Bezirksblätter Tirol (02.05.2015): Flüchtlinge im Seehof von 40 Ehrenamtlichen umsorgt; Tiroler Tageszeitung (16.12.2014): Kitzbühel vor Ankunft der Flüchtlinge

4.2.7. Krems an der Donau (Niederösterreich)⁸²

Seit August 2015 sind in Krems AsylwerberInnen untergebracht, derzeit sind es etwa 260 Menschen. Von Anfang an gab es viel Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung. In großer Zahl gab es Hilfsangebote, Sach- und Geldspenden.

Um eine gute Flüchtlingsbetreuung zu gewährleisten, hat die Stadt Krems unter Bürgermeister Dr. Reinhard Resch (SPÖ) den Verein „Impulse“ beauftragt, eine **„Koordinationsstelle für ehrenamtliche Asylhilfe“** einzurichten. Der Verein ist seit 17 Jahren in der städtischen Sozialarbeit mit den Schwerpunkten Jugendarbeit und Integration verankert. Die Koordinationsstelle ist Anlaufstelle für Angebote und Informationen die Aufnahme und Versorgung von AsylwerberInnen betreffend und bildet die Drehscheibe bei der Vermittlung bereitgestellter Ressourcen. Dazu kommt die Unterstützung bei besonderen Aktivitäten wie Benefizkonzerten, Begegnungsfesten und Sammelaktionen.

Eine Kernaufgabe der Koordinationsstelle besteht darin, den ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bei ihrer unentgeltlichen Arbeit **professionelle Begleitung, persönliches Coaching und Weiterbildung** anzubieten. In Krems hat man es geschafft, mehr als 100 ehrenamtliche MitarbeiterInnen, sogenannte „Buddies“, zu engagieren. Die „Buddies“ unterstützen AsylwerberInnen im alltäglichen Leben, etwa bei Behördenwegen oder Belangen bezüglich Kindergarten- und Schulbesuch. Sie sind aber auch BegleiterInnen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Integration. Dazu gehört der gemeinsame Besuch von Festen, Kulturveranstaltungen, Sportevents und vielem mehr.

4.2.8. Krumpendorf (Kärnten)⁸³

In der 3.400 EinwohnerInnen zählenden Gemeinde Krumpendorf am Wörthersee wurde ein Zeltlager für 240 Asylwerbende eingerichtet. Gleich nach der Eröffnung des Lagers wurden die Flüchtlinge mit einem von einer Klagenfurter Künstlergemeinschaft initiierten und von Bürgermeisterin Hilde Gaggl (ÖVP) unterstützten **Benefizkonzert** willkommen geheißen, gut tausend BesucherInnen feierten mit. Zu Problemen ist es bislang nicht gekommen: „Die Flüchtlinge sind äußerst dankbar und sehr kooperativ“, sagt Otmar Roschitz, Polizeibeamter des Innenministeriums vor Ort. Den ganzen Tag höre man nur „danke“. Von den Einheimischen und der Gemeinde werde jeden Tag Hilfe angeboten. Freiwillige hätten Deutschkurse organisiert.

Nachdem Anfang Juli 2015 die Krumpendorfer Polizeikaserne als **Erstaufnahmezentrum** für bis zu 250 Asylwerbende geöffnet wurde, befürchtete die Gemeinde einen Rückgang der Gästebuchungen. „*Ich war selbst überrascht*“, sagt Tourismussprecher Matthias Köchl, „*aber wir haben die höchste Touristenzahl seit 2011*“. Von 6.100 Gästen im Juli des Vorjahres stieg die Zahl im Jahr 2015 auf 6.300 Gäste an. Nur zwölf Stornierungen habe es gegeben, bei denen die Flüchtlinge als Grund angegeben wurden.

⁸² vgl. Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

⁸³ vgl. Kleine Zeitung (15.07.2015): „Wir kamen her, um zu überleben“; Wirtschaftsblatt (25.08.2015): Tourismus: Rekordzahlen trotz Asylwerber; Woche Kärnten (13.07.2015): Willkommensfest für Flüchtlinge in Krumpendorf; Kleine Zeitung (26.03.2016): „Erst die Küche, dann der Porsche“

Inzwischen konnte das Zeltlager wieder abgebaut und das Erstaufnahmezentrum geschlossen werden: im März 2016 lebten 85 Flüchtlinge in festen Unterkünften in Krumpendorf. Bürgermeisterin Gaggl zieht eine positive Bilanz des vergangenen Jahres: „Ja, es hat kleinere Probleme gegeben, aber insgesamt ist alles gut gegangen.“

4.2.9. Melk an der Donau (Niederösterreich)⁸⁴

In Melk leben derzeit 113 Flüchtlinge in privaten Unterkünften und einem Containerdorf. Ihnen steht eine Schar ehrenamtlicher HelferInnen zur Seite, die bei der Integration unterstützend tätig sind.

Besonderer Wert wird in Melk auf **Bildung** gelegt. Ein Team von LehrerInnen bietet pro Woche 40 Einheiten Deutschkurse an. Kurse gibt es für Kinder und Erwachsene auf unterschiedlichen Niveaus. Manche müssen erst die lateinische Schrift lernen, andere können sie schon und starten gleich mit dem Erwerb der deutschen Sprache. Die Lernunterlagen spendet seit Beginn der örtliche Rotary Club.

Im Anschluss an die Deutschkurse gibt es das „**Konversationscafé**“ im Pfarrhof. In ungezwungener Atmosphäre werden beim Plaudern die Deutschkenntnisse verfestigt und Hilfe für alle Bereiche des Lebens vermittelt, etwa für Ärzte- und Behördenwege.

4.2.10. Neudörfel (Burgenland)⁸⁵

In der burgenländischen Gemeinde Neudörfel (4.300 EinwohnerInnen) hat die Caritas bereits Flüchtlinge aus dem Jugoslawienkrieg betreut und **gute Erfahrungen** gemacht: Etliche Flüchtlinge von damals sind heute allseits geschätzte BewohnerInnen, die etwa als GemeindemitarbeiterInnen tätig sind oder sich bei der Freiwilligen Feuerwehr engagieren.

Auch jetzt kümmert sich die Gemeinde wieder um Flüchtlinge: Im „Haus Sarah“ sind 60 Menschen untergebracht und werden sozialpädagogisch betreut. Im Rahmen einer **24-Stunden-Betreuung** werden den 30 Jugendlichen und 30 Erwachsenen Deutschkurse und anderer Unterricht sowie eine freizeitpädagogische Tagesstruktur mit Sport und Ausflügen angeboten. Einige der jungen Männer engagieren sich in Neudörfel etwa in der **Freiwilligen Feuerwehr** oder spielen **Fußball** beim Ortsverein. Etliche Freiwillige unterstützen die sechs angestellten Pädagogen.

Der Neudörfeler Bürgermeister Dieter Posch (SPÖ) wirbt aktiv für sein Modell der Flüchtlingsunterbringung: „*Ich verliere lieber ein paar Stimmen als mein Gesicht.*“ So weit kam es aber nicht: Bei der burgenländischen Landtagswahl 2015 gewann seine SPÖ in Neudörfel Stimmen dazu – im Gegensatz zum Landestrend.

⁸⁴ vgl. Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

⁸⁵ vgl. Erzdiözese Wien (2015): Asyl: Landau lobt Neudörfel als Gegenmodell zu Traiskirchen; Der Standard (20.08.2015): Neudörfel – das freundliche Gesicht der Flüchtlingspolitik; ORF (27.09.2014): Asylwerber: Intensive Betreuung ist Erfolgsrezept; ORF (01.08.2014): Reportage: Asyl in Neudörfel; Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

4.2.11. Puchenstuben (Niederösterreich)⁸⁶

In der kleinen niederösterreichischen Gemeinde Puchenstuben im Bezirk Scheibbs kommen **auf die derzeit 317 EinwohnerInnen 54 AsylwerberInnen**. Dennoch ist die Stimmung im Bergdorf nicht von Angst oder Abneigung geprägt. *„Die Gemeinde Puchenstuben hat sich bereits im Jahr 2004 dazu entschlossen, 40 Flüchtlinge aus Tschetschenien unterzubringen, um den Schulstandort halten zu können“*, so Christian Kogler (SPÖ). Er war 16 Jahre lang Bürgermeister und wurde wegen seiner erfolgreichen Arbeit Ende 2015 als Geschäftsführer eines Unternehmens engagiert, das sich um Unterkünfte für Asylwerber kümmert. 2004 hätte die örtliche Volksschule aus Kindermangel zugesperrt werden müssen, nun wurde sogar ein neuer Kindergarten eröffnet. *„Anfangs waren natürlich Ängste in der Bevölkerung vorhanden. Nach elf Jahren Erfahrung kann ich sagen, dass es kein einziges strafrechtliches Delikt gegeben hat. Es gab keine Einbrüche, wir müssen nichts fester zusperren als zuvor. Die meisten Asylwerber konnten sich gut integrieren.“*

4.2.12. Salzburg Stadt⁸⁷

Die Stadt Salzburg hat nach Wien den höchsten Anteil an EinwohnerInnen, die ihre Wurzeln nicht in Österreich haben. Dazu kommen seit letztem Jahr einige hundert Flüchtlinge, die professionell betreut werden.

Bereits im Herbst 2015 verfasste die Stadt Salzburg unter Bürgermeister Dr. Heinz Schaden (SPÖ) einen **„Welcome Guide“**, der zeigt, wie das Zusammenleben in der Stadt funktionieren soll. Übersetzt in vier Sprachen soll der Leitfaden ohne erhobenen Zeigefinger Orientierung geben, wie die ersten Schritte zur Integration gelingen können.

Eine Besonderheit der Salzburger Integrationsarbeit ist das Programm **„Miteinander essen“**. Mitmachen ist einfach: ÖsterreicherInnen laden MigrantInnen zu sich nach Hause zum Essen ein. Ziel ist es, dass die Menschen einander näher kennen lernen, sich austauschen und Anschluss finden. Vom Abendessen unter Erwachsenen bis zum Familienpicknick mit Kindern ist alles möglich.

„Miteinander“ ist inzwischen auch der Titel weiterer erfolgreicher Integrationsinitiativen. So gibt es zum Beispiel gemeinsame Stadtspaziergänge unter dem Motto **„Miteinander entdecken“**, kostenlose Konversationskurse in der Stadtbibliothek (**„Miteinander reden“**) oder **„Miteinander lesen“**, ein Leseprojekt für Mädchen und Burschen.

⁸⁶ vgl. Bezirksblätter Niederösterreich (29.06.2015): Asylwerber in Puchenstuben; ORF (07.07.2015): Puchenstuben: Jeder Sechste ist Asylwerber; Unsere Zeitung (08.08.2014): Asyl in Österreich: Puchenstuben zeigt, wie es geht; Kommunalnet (15.12.2015): Bürgermeister wird Chef einer Asylquartier-Firma

⁸⁷ vgl. Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

4.2.13. Telfs (Tirol)⁸⁸

In Telfs wurde 2012 unter Bürgermeister Christian Härting (Liste „Wir für Telfs“) ein Flüchtlingsheim eröffnet, das heute 60 AsylwerberInnen beherbergt. Das Miteinander funktioniert weitgehend konfliktfrei. Durch die Möglichkeit, gemeinnützige Arbeit zu leisten, sind viele AsylwerberInnen intensiv in der Gemeinde engagiert. Die Marktgemeinde mit ihren mehr als 15.000 EinwohnerInnen hat bereits reiche Integrationserfahrungen: 2006 entstand hier der erste muslimische Gebetsturm (Minarett) Tirols bzw. der zweite in Österreich.

Um einen Kontrapunkt zur negativen medialen Berichterstattung zu setzen, entschloss sich das Team des Telfser Flüchtlingsheims dazu, eine **„Woche der offenen Tür“** zu veranstalten. Die Flüchtlinge sollten dabei die Möglichkeit bekommen, GastgeberInnen zu werden. Gleichzeitig verwandelte sich das Heim für eine Woche in einen **Ausstellungsort für Kunstwerke**. Als Aussteller konnten zwei Tiroler Künstler gewonnen werden, die selbst vor Jahren geflüchtet waren und in ihrer Kunst einen Fokus auf die Themen Flucht und Migration legen.

Die Woche der offenen Tür wurde zusätzlich begleitet von einem vielfältigen Rahmenprogramm. Bestandteile waren z.B. das „Erzählcafé“, bei dem Flüchtlinge über ihre Fluchtgründe und Fluchterfahrungen erzählten, und eine Lesung eines nach Deutschland geflüchteten afghanischen Schriftstellers. In der Woche der offenen Tür gelang es, 400 BesucherInnen zu empfangen, die sich ein Bild machen und Fragen stellen konnten.

4.2.14. Traiskirchen (Niederösterreich)⁸⁹

Selbst in prekären Situationen muss die Stimmung in der Bevölkerung nicht ins Negative umschlagen, wenn man dagegen aktiv etwas tut, wie die Beispiele von Gemeinden Traiskirchen und Krumpendorf zeigen, in denen Großlager eingerichtet wurden.

In der 18.000-Einwohner-Gemeinde Traiskirchen steht nur wenige hundert Meter vom Ortszentrum entfernt und in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Österreichs größtes Erstaufnahmezentrum. Im Jahr 2015 war das Lager chronisch überfüllt, im Sommer waren bis zu 4.500 Menschen untergebracht. Ein Gutteil von ihnen lebte obdachlos auf den Freiflächen rund um das ehemalige Kasernengebäude.

Was nach einem fruchtbaren Boden für Ausländerfeindlichkeit und einem Heimspiel für rechte Parteien klingt, ist nicht so: SPÖ-Bürgermeister Andreas Babler hat bei den Gemeinderatswahlen 2015 mit über 73% das beste Ergebnis aller Zeiten für seine Partei eingefahren, die FPÖ lag bei nur 14%. Babler hat dieses Ergebnis **ohne Anstreifen an rechte Positionen** geschafft, sondern mit intensiver Kommunikation mit der eigenen Bevölkerung und einem beherzten Kampf für bessere Bedingungen für Flüchtlinge. Er hat einen Fünf-Punkte-Plan für eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge entwickelt, für mehr, aber kleinere Aufnahmezentren, höhere Tagsätze und Qualitätsstandards. In Wien hat er gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Kirchen eine **Demonstration für „Solidarität mit Traiskirchen“** und

⁸⁸ vgl. Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

⁸⁹ vgl. ORF (25.01.2015): Traiskirchen: SPÖ baut Mehrheit aus; Profil (29.09.2014): Andreas Babler hat einen unmöglichen Job: Er ist Bürgermeister von Traiskirchen

„Massenlager abschaffen, Flüchtlinge menschlich unterbringen“ organisiert. Seine Politik richte sich „nicht gegen die Leute, die mit Plastiksackerln flüchten, sondern gegen jene, die für Massenlager verantwortlich sind.“ Wesentlich zum Erfolg beigetragen haben in Traiskirchen aber auch zahlreiche engagierte Privatpersonen, Familien, Hilfsorganisationen und eine meist verständnisvolle Polizei.

4.2.15. Weitensfeld (Kärnten)⁹⁰

In Weitensfeld in Kärnten (2.100 EinwohnerInnen) hat die Wirtin Elisabeth Steiner eine Atmosphäre geschaffen, in der Integration gelingen soll. Beim „**Bärenwirt**“ haben mittlerweile 20 Flüchtlinge Quartier bezogen. Die Räumlichkeiten und der große Garten eignen sich gut für Familien. Das Besondere an diesem Projekt: Das Wirtshaus ist nicht nur ein Flüchtlingsquartier, sondern ein „**offenes Haus**“. Die Gastwirtschaft wird weiter betrieben. So hat die Bevölkerung die Möglichkeit, die Flüchtlinge und ihre Schicksale direkt kennenzulernen. Um das zu fördern hat Steiner zusätzlich einen „Tag der offenen Tür“ veranstaltet. Bei Kaffee, Kuchen, Glühwein und orientalischen Häppchen konnten EinwohnerInnen und Flüchtlinge einander näherkommen. Auch seitens der Gemeinde versucht man, die AsylwerberInnen einzubinden. Beim Projekt „Gesunde Gemeinde“ wirkten sie mit und markierten die Weitensfelder Wanderwege neu.

4.2.16. Wolfau (Burgenland)⁹¹

Auch die burgenländische Gemeinde Wolfau im Bezirk Oberwart hat in den letzten Jahrzehnten bereits Erfahrung mit Flüchtlingen gesammelt. *„Jetzt haben wir zum vierten Mal Flüchtlinge hier und das Zusammenleben funktioniert gut“*, sagt Bürgermeister Walter Pfeiffer (ÖVP). Seit den frühen 1980er-Jahren – nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen – bietet die 1.400-EinwohnerInnen-Gemeinde im Südburgenland Flüchtlingen Unterkunft. Die anfängliche Unsicherheit im Ort sei breiter Akzeptanz gewichen. 72 Männer aus 14 Nationen leben derzeit in Wolfau. Zehn der Männer sind in einem privaten Flüchtlingsquartier, 62 in einem ehemaligen Gasthaus untergebracht.

Für das reibungslose Zusammenleben zwischen den „Alteingesessenen“ und den Flüchtlingen sorgt Assad Wasta Abd. Der 37-jährige Kurde ist 2003 selbst als Flüchtling vom Nordirak nach Österreich gekommen. In der Flüchtlingspension hat er seit einem Jahr die Position des „Hausmeisters“ inne. Weil er neben Deutsch fünf weitere Sprachen fließend spricht, vermittelt er zwischen Flüchtlingen, Behörden und EinwohnerInnen.

Die Flüchtlinge werden in Wolfau aktiv in das Vereinsleben integriert. So engagieren sich derzeit ein Iraker und ein Syrer im örtlichen Verschönerungsverein, der **Fußballclub SV**

⁹⁰ vgl. Kleine Zeitung (08.10.2014): Asylquartier als "offenes Haus" geplant; Kleine Zeitung (24.12.2014): Flüchtlinge kennenlernen: Tag der offenen Tür in Weitensfeld; Bezirksblätter Kärnten (01.12.2015): Weitensfeld und Brückl: Die Flüchtlinge sind für ihr Daheim dankbar

⁹¹ vgl. Kurier (03.07.2015): "Die Flüchtlinge sind sehr fleißig, da gibt's nichts"; ORF (12.04.2006): Beispielhafte Flüchtlingsbetreuung

Wolfau wurde um vier Flüchtlinge verstärkt, auch beim sommerlichen Sportfest helfen die Neuankömmlinge mit.

4.2.17. Wörgl (Tirol)⁹²

In Wörgl kümmert sich der von der Stadt und dem Land Tirol finanzierte **Verein „komm!unity“** um die Integration der derzeit rund 100 Asylsuchenden und Asylberechtigten. Gemeinsam mit Partnerorganisationen und Ehrenamtlichen wurde eine ganze Reihe von Angeboten ins Leben gerufen. Die Stadt zählt über 13.000 EinwohnerInnen, an ihrer Spitze steht die Sozialdemokratin Hedwig Wechner von der „Liste Hedi Wechner“.

Da nicht für alle Flüchtlinge eine Beschäftigung durch die Gemeinde gefunden wurde, hat der Verein komm!unity gemeinsam mit der Stadt ein **Gutscheinsystem** entwickelt. Die ursprünglich für die Jugendarbeit konzipierte Idee wurde auf die aktuelle Situation und die neue Zielgruppe adaptiert. Die Asylsuchenden erhalten für ihre gemeinnützige Arbeit Gutscheine, die sie in den Geschäften der Stadt einlösen können.

Eine weitere Aktion in Wörgl ist das monatliche komm!unity-Dinner in der größten Flüchtlingsunterkunft der Stadt. Nach dem Motto **„Beim Essen kommen die Leut z’samm“** wird die Möglichkeit geboten, gemeinsam zu essen und zu plaudern. Oft wird sogar gesungen und getanzt. Die stetig steigende Zahl an InteressentInnen für die begrenzte Zahl an Dinner-Plätzen zeigt, dass es Gelegenheiten braucht, wo sich Einheimische und Flüchtlinge näher kennenlernen können.

4.2.18. Wien⁹³

Seit Anfang der Krise zeigt Wien, dass eine umfassende, menschenwürdige Betreuung einer großen Zahl von Kriegsflüchtlingen möglich ist. Hauptverantwortlich für das gute Gelingen ist die professionelle Zusammenarbeit von Stadtregierung und Stadtverwaltung mit Hilfsorganisationen und der engagierten Zivilgesellschaft. Dazu gab es ein klares Bekenntnis des Wiener Bürgermeisters Dr. Michael Häupl (SPÖ).

Im Juli 2015 wurde mit Peter Hacker ein **Projektleiter für das Flüchtlingswesen** in Wien ernannt, der seither die Arbeit der Stadt mit NGOs und für Flüchtlinge zuständige Ämter koordiniert. Im Spätsommer 2015 war Wien vor allem als Ort der Durchreise der Flüchtlinge gefordert und hat diese Aufgabe mit Unterstützung durch die ÖBB gut gemeistert. Für die Durchreise von hunderttausenden Flüchtlingen stellte die Stadt in kurzer Zeit etwa 60 temporäre Not- und Transitunterkünfte für täglich bis zu 10.000 Betten bereit. Bis Jahresende 2015 waren **etwa 300.000 Flüchtlinge durch Wien gereist**, fast 1 Mio. Nächtigungen wurden organisiert, etwa 2.000 freiwillige HelferInnen waren im Einsatz.

Nur ein geringer Teil der durchreisenden Flüchtlinge stellte einen Asylantrag, dennoch befanden sich im April 2016 **rund 21.100 AsylwerberInnen in Wien** in der Grundversorgung.

⁹² vgl. Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

⁹³ vgl. Stadt Wien (2016): Hilfe für Flüchtlinge in Wien – Was getan wird; Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

Damit übererfüllt Wien die durch die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern festgelegte Quote deutlich. Die AsylwerberInnen wohnen zur Hälfte in organisierten bzw. Privatunterkünften.

Besonders stark politisch forciert wurde in Wien die Aufnahme von **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**. Bis Herbst 2015 wurden alle unbegleiteten Kinder und Jugendlichen bis 14 Jahre und alle unbegleiteten Mädchen bis 18 Jahre von Traiskirchen nach Wien gebracht und das Betreuungsquartier Erdberg vom Innenministerium übernommen. Die etwa 300 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Erdberg wurden sukzessive auf kleinere Quartiere umverteilt. Die Stadt stellt Kindern und Jugendlichen nicht nur ein Dach über dem Kopf bereit, sondern auch sozialpädagogische Betreuung, Freizeitbetreuung und Bildungsangebote. So gilt das **verpflichtende Kindergartenjahr** ab dem 5. Lebensjahr **auch für Flüchtlingskinder**. Der Schulbesuch wird an einen individuellen Deutschunterricht gekoppelt.

Generell lautet die Devise der Stadt **„Integration vom ersten Tag an“**. Das Programm „Start Wien für Flüchtlinge“ umfasst muttersprachliche Erstinformation, Deutschkurse, Bildungsangebote und weitere integrationsfördernde Maßnahmen. Diese Angebote gibt es nicht nur für bereits anerkannte Flüchtlinge, sondern bereits für AsylwerberInnen. Eine **Servicekarte** der Stadt dient als Nachweis für Identität, Wohnsitzmeldung, Krankenversicherung und Grundversorgungsleistung.

Zentraler Bestandteil des „Wiener Wegs“ ist die **Bildungs-Card für Flüchtlinge**, in der Bildungsfortschritte dokumentiert werden. Die Informationen über Qualifikationen und Kompetenzen, die im System von „Start Wien“ gewonnen wurden, werden in einer Datenbank zusammengeführt. Bei einem positiven Asylbescheid werden sie dem AMS zur Weiterarbeit übergeben. In Kooperation mit dem AMS konnte auch das Projekt **„Kompetenz-Check“** auf den Weg gebracht werden, bei dem berufliche Qualifikationen aus dem Heimatland getestet werden.

Mit „Start Wien – Das Jugend College“ gibt es ab Herbst 2016 ein **einzigartiges Angebot zur Aus- und Weiterbildung für Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren**. Damit wird die Lücke geschlossen zwischen jenen, die nicht mehr schulpflichtig sind, aber auch noch nicht durch die Maßnahmen der Erwachsenenbildung erreicht werden. Das Jugend College soll mit bis zu 1.000 Ausbildungsplätzen Jugendliche in einem modularen System fit für den Einstieg in eine weiterführende Schule oder berufliche Ausbildung machen.

Weiterhin wird die Stadt durch das starke zivilgesellschaftliche Engagement vieler Menschen unterstützt. Für alle, die sich aktiv in der Flüchtlingshilfe engagieren wollen, hat Wien gemeinsam mit den "Helfern Wiens" und zahlreichen Hilfsorganisationen die **Plattform „Hilfe für Flüchtlinge in Wien“** ins Leben gerufen. Hier können sich Interessierte für ehrenamtliche Tätigkeiten melden, Wohnraum anbieten sowie Dinge des täglichen Gebrauchs beziehungsweise Geld an Hilfsorganisationen spenden.

Im Frühjahr 2016 wurde eine Maßnahme zur Verbesserung der Mobilität von Flüchtlingen gesetzt: eine **Monatskarte der Wiener Linien** kann für 4 Euro erworben werden, um die Wege zu Arzt, Sprachkurs, Kindergarten oder Schule zu erleichtern.

In den Hilfsorganisationen wurden für die Flüchtlingshilfe bis zu **120 Arbeitsplätze neu geschaffen**.

Quellen

Amnesty International (2011): Fremdenrechtsänderungsgesetz 2011

<https://www.amnesty.at/de/menu13/artikel438/?highlight=true&unique=1441355289>

Amnesty International (2015): Änderung des Fremdenrechtsgesetzes

<https://www.amnesty.at/de/menu13/artikel510/?filter=first-7>

Amnesty International (2015): Research Mission Traiskirchen

<https://www.amnesty.at/de/traiskirchen>

Amnesty International (2016): Das EU-Türkei-Abkommen ist rechtswidrig

<https://www.amnesty.de/2016/3/14/das-eu-tuerkei-abkommen-ist-rechtswidrig>

AMS Oberösterreich (2015): Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerberinnen und Asylwerber

http://www.ams.at/_docs/400_Asyl-Folder_DEUTSCH.pdf

Arbeiterkammer Vorarlberg: Daten, Zahlen, Fakten zum Asylthema

http://vbg.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/Soziales/Daten_Zahlen_Fakten_zum_Asyalthema.html

Bezirksblätter Kärnten (01.12.2015): Weitensfeld und Brückl: Die Flüchtlinge sind für ihr Daheim dankbar

<http://www.meinbezirk.at/st-veit/lokales/weitensfeld-und-brueckl-die-fluechtlinge-sind-fuer-ihr-daheim-dankbar-d1565089.html>

Bezirksblätter Niederösterreich (23.02.2015): Flüchtlinge in Eichgraben: "Vertrauen durch Offenheit"

<http://www.meinbezirk.at/herzogenburgtraismauer/politik/fluechtlinge-in-eichgraben-vertrauen-durch-offenheit-d1254105.html>

Bezirksblätter Niederösterreich (29.06.2015): Asylwerber in Puchenstuben

<http://www.meinbezirk.at/scheibbs/chronik/asylwerber-in-puchenstuben-d1398020.html>

Bezirksblätter Tirol (02.05.2015): Flüchtlinge im Seehof von 40 Ehrenamtlichen umsorgt

<http://www.meinbezirk.at/kitzbuehel/leute/fluechtlinge-im-seehof-von-40-ehrenamtlichen-umsorgt-d1332967.html>

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Aufgaben des BFA

<http://www.bfa.gv.at/bundesamt/aufgaben/start.aspx>

Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl: Jahresbilanz 2014

<http://www.bfa.gv.at/files/Statistiken/BFA%20Jahresbilanz%202014.pdf>

Bundeskanzleramt Österreich: Asylberechtigter

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.992430.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Asylverfahren

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/321/Seite.3210002.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Asylwerber

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.992431.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Schubhaft.

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.991282.html>

Bundeskanzleramt Österreich: Subsidiär Schutzberechtigte

<https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/99/Seite.990027.html>

Bundesministerium für Inneres: Asylwesen

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/betreuung/start.aspx

Bundesministerium für Inneres: Statistik Asylwesen

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asylwesen/statistik/start.aspx

Bundesverwaltungsgericht: Zulassungsverfahren

<http://www.bvwg.gv.at/Glossar/Z/zulassungsverfahren.html>

Bundeszentrale für politische Bildung: Länderprofile Migration: Daten – Geschichte – Politik

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/57839/schweden>

Caritas Österreich: Flüchtlingstragödie im Mittelmeer

<https://www.caritas.at/fluechtlingstragoedie-mittelmeer>

Caritas Österreich: Gegen Unrecht <http://www.gegen-unrecht.at/>

Caritas Österreich (2016): Nicht "entweder oder", sondern "sowohl als auch"

<https://www.caritas.at/aktuell/news/detail/news/73459-nicht-entweder-oder-sondern-sowohl-als-auch/>

Der Standard (11.04.2016): Asylnovelle: SPÖ-Mandatare gegen Faymann

<http://derstandard.at/2000025031153/Asylverschaeferung-Haeupl-und-Wehsely-gegen-Faymann>

Der Standard (17.03.2015): Subsidiärer Schutz: Wenn der Koffer immer halb gepackt ist

<http://derstandard.at/2000013061976/Subsidaerer-Schutz-Wenn-der-Koffer-immer-halb-gepackt-ist>

Der Standard (18.08.2015): Einigung bei Durchgriffsrecht – Quote von 1,5 Prozent für Gemeinden

<http://derstandard.at/2000020850062/Asyl-SPOe-OeVP-und-Gruene-einigten-sich-bei-Durchgriffsrecht>

Der Standard (06.09.2015): Cameron will Grünes Licht für Einsatz in Syrien

<http://derstandard.at/2000021786241/Cameron-will-Gruenes-Licht-fuer-Einsatz-in-Syrien>

Der Standard (04.02.2016): Geberkonferenz verspricht neun Milliarden Euro für Syrienhilfe

<http://derstandard.at/2000030396733/Geberkonferenz-Vorstellungen-zu-Syrienhilfe-klaffen-auseinander>

Der Standard (24.05.2016): Kern will rasche Arbeitserlaubnis für Asylwerber

<http://derstandard.at/2000037591675/Bundeskanzler-Kern-will-rasche-Arbeitserlaubnis-fuer-Asylwerber>

Der Standard (05.04.2016): Mindestsicherung: Katholiken warnen vor Obdachlosigkeit

<http://derstandard.at/2000034205609/Mindestsicherung-Katholiken-warnen-vor-Obdachlosigkeit>

Der Standard (20.08.2015): Neudörfl – das freundliche Gesicht der Flüchtlingspolitik

<http://derstandard.at/2000020979543/Das-freundliche-Gesicht-der-oesterreichischen-Fluechtlingspolitik>

Der Standard (03.11.2015): SPÖ Wien kritisiert Regierungsplan für "Asyl auf Zeit"

<http://derstandard.at/2000025031153/Asylverschaeferung-Haeupl-und-Wehsely-gegen-Faymann>

Der Standard (23.10.2015): Verzweiflung und Verwirrung unter Flüchtlingen in Spielfeld

<http://derstandard.at/2000024380033/Tausende-Fluechtlinge-kamen-in-der-Nacht-aus-Kroatien-nach-Slowenien>

Demokratiezentrum Wien (2013): Asyl in Österreich

<http://demokratiezentrum.org/wissen/wissensstationen/asyl-in-oesterreich.html>

Die Presse (27.04.2016): Asyl: Verschärfungen mit vier roten Gegenstimmen beschlossen

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4976496/Asyl_Verschaeferungen-mit-vier-roten-Gegenstimmen-beschlossen

Die Presse (17.02.2016): „Asyl auf Zeit“: Kritik aus dem Parlament

http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4928002/Asyl-auf-Zeit_Kritik-aus-dem-Parlament?from=simarchiv

Die Presse (04.07.2009): Franz Josef Smrtnik: Der Asylrebell aus Kärnten
http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/492599/Franz-Josef-Smrtnik_Der-Asylrebell-aus-Kaernten

Die Presse (26.08.2015): Internationale Solidarität ist gefragt
<http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/4806549/Internationale-Solidaritaet-ist-gefragt>

Die Presse (15.05.2014): Italien: Wo Flüchtlinge als Chance betrachtet werden
http://diepresse.com/home/politik/eu/3806309/Italien_Wo-Fluechtlinge-als-Chance-betrachtet-werden

Die Presse (30.07.2015): Seit 1945: Österreich nahm zwei Millionen Flüchtlinge auf
http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4789503/Seit-1945_Oesterreich-nahm-zwei-Mio-Fluechtlinge-auf

Die Presse (07.11.2015): Was Zäune an den Grenzen bewirken
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/4861079/Was-Zaeune-an-den-Grenzen-bewirken>

Die Welt (12.11.2015): EU-Milliarden für Afrikas Anti-Flüchtlings-Politik
<http://www.welt.de/politik/ausland/article148788044/EU-Milliarden-fuer-Afrikas-Anti-Fluechtlings-Politik.html>

DW (17.01.2016): Faymann: Schengen-Regeln "temporär außer Kraft gesetzt"
<http://www.dw.com/de/faymann-schengen-regeln-tempor%C3%A4r-au%C3%9Fer-kraft-gesetzt/a-18984986>

Erzdiözese Wien (2015): Asyl: Landau lobt Neudörfl als Gegenmodell zu Traiskirchen
<http://www.erzdioezese-wien.at/site/home/nachrichten/article/44484.html>

Europäischer Rat: Erklärung EU-Türkei, 18. März 2016
<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2016/03/18-eu-turkey-statement/>

Eurostat (2015): Asyl in der EU
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6751783/3-20032015-BP-DE.pdf/23ee1e9b-19e3-4453-9b2a-f810c03c4a22>

Eurostat: Asyl in der EU im ersten Quartal 2015
<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/6888001/3-18062015-CP-DE.pdf/5a819c5c-6c72-4a90-bf5b-e5456610ffda>

Eurostat (2016): Asylum applications in the EU-28 Member States

http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/images/3/38/Asylum_applications_%28non-EU%29_in_the_EU-28_Member_States%2C_2005-15_%28C2%B9%29_%28thousands%29_YB16.png

Eurostat (2016): Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7203832/3-04032016-AP-EN.pdf>

Falter 32/15: Persönliches zur Asyldebatte: Wie mein Dorf zu einer Vorzeigegemeinde wurde.

Förderverein Pro Asyl: Die EU-Aufnahmerichtlinie: Grenzen und Chancen für den Flüchtlingsschutz

<http://www.proasyl.de/de/ueber-uns/stiftung/projekte/icf/2/die-eu-aufnahmerichtlinie>

Förderverein Pro Asyl (2015): Erneut 400 Tote: Das Sterben an den EU-Grenzen nimmt dramatisch zu

http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/weitere_400_bootsfluechtlinge_sind_tot_das_sterben_an_den_eu_grenzen_nimmt_dramatisch_zu-1

Frontex: Mission and Tasks

<http://frontex.europa.eu/about-frontex/mission-and-tasks>

I am Gleisdorf (2016): i am Gleisdorf – Wer sind wir?

<http://www.iam-gleisdorf.at/>

Informationsverbund Asyl und Migration (2015): 6 Punkte Sofortmaßnahmenkatalog

http://www.asyl.at/fakten_2/6punkte_sofortmasnahmenkatalog_0615.pdf

Informationsverbund Asyl und Migration: Dublin-Verordnung, Drittstaatenregelung

<http://www.asyl.net/?id=85>

Informationsverbund Asyl und Migration: Eurodac-Verordnung

<http://www.asyl.net/index.php?id=200>

International Organization for Migration (2014): IOM Applauds Italy's Life-Saving Mare Nostrum Operation

<http://www.iom.int/news/iom-applauds-italys-life-saving-mare-nostrum-operation-not-migrant-pull-factor>

Kleine Zeitung (08.10.2014): Asylquartier als "offenes Haus" geplant

http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/stveit/3902348/Weitensfeld_Asylquartier-als-offenes-Haus-geplant

Kleine Zeitung (06.04.2016): EU-Kommission stellt Plan für einheitliche Asylpolitik vor

http://www.kleinezeitung.at/s/politik/aussenpolitik/4960954/Fluchtlinge_EUKommission-stellt-Plan-fur-einheitliche-Asylpolitik-vor

Kleine Zeitung (24.12.2014): Flüchtlinge kennenlernen: Tag der offenen Tür in Weitensfeld
http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/feldkirchen/4626268/KAeRNTEN_Fluchtlingsquartier-offnet-seine-Turen-

Kleine Zeitung (12.07.2015): Achmed und Liban: Flüchtlinge packen in der Gemeinde mit an
http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/voelkermarkt/peak_voelkermarkt/4774289/EisenkappelVellach_Fluchtlinge-packen-in-der-Gemeinde-mit-an

Kleine Zeitung (04.09.2015): Bürgermeister Stark: "Flüchtlinge willkommen!"
http://www.kleinezeitung.at/s/steiermark/weiz/peak_weiz/4813489/Gleisdorf_Buergermeister-Stark_Fluchtlinge-willkommen

Kleine Zeitung (26.03.2016): "Erst die Küche, dann der Porsche"
http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/klagenfurt/4953997/Krumpendorf_Erst-die-Kuche-dann-der-Porsche

Kleine Zeitung (15.07.2015): „Wir kamen her, um zu überleben“.
http://www.kleinezeitung.at/k/kaernten/klagenfurt/4776951/Zeltlager-Krumpendorf_Wir-kamen-her-um-zu-uberleben

Kommunalnet (15.12.2015): Bürgermeister wird Chef einer Asylquartier-Firma
<https://www.kommunalnet.at/news/einzelansicht/buergermeister-wird-chef-einer-asylquartier-firma/news/detail.html>

Kronen Zeitung (26.01.2016): Neues Asylgesetz „eines der schärfsten in Europa“
http://www.krone.at/Oesterreich/Neues_Asylgesetz_eines_der_schaerfsten_in_Europa-Regierung_einig-Story-492904

Kurier (21.06.2015): Bad Eisenkappel: Kontakt wird gefördert
<http://kurier.at/chronik/oesterreich/integrationsgemeinde-2015/bad-eisenkappel-kontakt-wird-gefoerdert/136.928.414>

Kurier (03.07.2015): "Die Flüchtlinge sind sehr fleißig, da gibt's nichts"
<http://kurier.at/chronik/burgenland/integrationsgemeinde-wolfau-die-fluechtlinge-sind-sehr-fleissig-da-gibts-nichts/139.628.264>

Kurier (22.09.2015): Einigung: 120.000 Flüchtlinge werden verteilt
<http://kurier.at/politik/eu/eu-innenminister-mit-einigung-120-000-fluechtlinge-werden-verteilt/154.158.234>

Kurier (23.12.2014): Flucht ist kein Verbrechen
<http://kurier.at/chronik/niederosterreich/flucht-ist-kein-verbrechen/104.270.469>

Kurier (14.05.2016): Häupl will Strafzahlungen für Gemeinden ohne Flüchtlinge

<http://kurier.at/politik/inland/haeupl-strafzahlungen-fuer-gemeinden-ohne-fluechtlinge/198.738.003>

Kurier (24.02.2016): "Kettenreaktion der Vernunft" vs. "Putsch"

<http://kurier.at/politik/inland/kettenreaktion-der-vernunft-vs-putsch/183.182.936>

Kurier (26.07.2015): Österreich, die Tür zum Asylparadies?

<http://kurier.at/politik/inland/oesterreich-die-tuer-zum-asylparadies/143.413.784>

Kurier (26.01.2016): Regierung beschließt „Asyl auf Zeit“

<http://kurier.at/politik/inland/regierung-beschliesst-asyl-auf-zeit/177.262.265>

Land Salzburg: Grundversorgung

<http://www.salzburg.gv.at/grundversorgung>

Land Steiermark: Grundversorgung von AsylwerberInnen

<http://www.soziales.steiermark.at/cms/ziel/112908349/DE/>

Magistrat der Stadt Wien: Der Wiener Weg in der Flüchtlingspolitik

<https://www.wien.gv.at/gesellschaft/fluechtlinge/wiener-fluechtlingspolitik.html>

Migrationsrecht.net: Qualifikationsrichtlinie

<http://www.migrationsrecht.net/richtlinie-2011/95/eu-neufassung-der-qualifikationsrichtlinie/dokument-details.html>

Mediendienst Integration: Die europäische Asylpolitik und der Grenzschutz

<http://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/eu-grenzen.html#c1168>

Netzwerk Migration in Europa (2001): Österreich: Keine Asylanträge aus dem Ausland mehr

<http://www.migration-info.de/artikel/2001-11-19/oesterreich-keine-asylantraege-aus-dem-ausland-mehr>

Neue Zürcher Zeitung (30.08.2015): Arithmetik der Macht: Warum es noch keine Asylquote gibt

<https://nzz.at/s/YKPdJ-l4mP>

Neue Zürcher Zeitung (22.09.2015): Der Stand der Flüchtlingskrise im Überblick

<http://www.nzz.ch/international/fluechtlingskrise/der-stand-der-fluechtlingskrise-im-ueberblick-ld.2025>

ORF (12.04.2006): Beispielhafte Flüchtlingsbetreuung

<http://bglv1.orf.at/stories/102256>

ORF (21.08.2012): Riace – das gallische Dorf in der EU

<http://fm4.orf.at/stories/1702485/>

ORF (01.08.2014): Reportage: Asyl in Neudörfel

<http://oe1.orf.at/artikel/383721>

ORF (27.09.2014): Asylwerber: Intensive Betreuung ist Erfolgsrezept

<http://oe1.orf.at/artikel/387774>

ORF (27.12.2014): Eichgraben: Ein Ort hilft Flüchtlingen

<http://noe.orf.at/news/stories/2686340/>

ORF (25.01.2015): Traiskirchen: SPÖ baut Mehrheit aus

<http://noe.orf.at/news/stories/2691298/>

ORF (17.06.2015): Flüchtlingsverteilung

<http://fm4.orf.at/stories/1759954>

ORF (07.07.2015): Puchenstuben: Jeder Sechste ist Asylwerber

<http://noe.orf.at/news/stories/2719994/>

ORF (02.09.2015): Systematisch unterfinanziert

<http://orf.at/stories/2295934/2295935>

ORF (15.05.2016): Vom nahen in den fernen Westen

<http://orf.at/stories/2338355/2338372>

Österreichischer Städtebund (06.2016): Flüchtlinge und Integration in Städten und Gemeinden

Profil (18.05.2011): Italien: Ein Bürgermeister rettet Bootsflüchtlinge und damit sein Dorf

<http://www.profil.at/home/italien-ein-buergermeister-bootsfluechtlinge-dorf-296768>

Profil (29.09.2014): Andreas Babler hat einen unmöglichen Job: Er ist Bürgermeister von Traiskirchen

<http://www.profil.at/oesterreich/andreas-babler-job-er-buergermeister-traiskirchen-378054>

Rechtsinformationssystem des Bundes: Asylgesetz 2005

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NO R40112468>

Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Ausländerbeschäftigungsgesetz

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10008365>

Rechtsinformationssystem des Bundes: Gesamte Rechtsvorschrift für Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden

<https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20009286>

Spiegel (18.02.2016): Flüchtlings-Verteilung in der EU: 583 von 160.000

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-umverteilung-in-der-eu-funktioniert-weiter-nicht-a-1078102.html>

Stadt Wien (2016): Hilfe für Flüchtlinge in Wien – Was getan wird

<https://fluechtlinge.wien.gv.at/site/category/news/>

Süddeutsche Zeitung (05.04.2016): Europa braucht ein gemeinsames Asylrecht

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-wunsch-und-wahrheit-1.2935367>

Süddeutsche Zeitung (31.08.2015): Offenes Land – verschlossenes Land

<http://www.sueddeutsche.de/politik/asyldebatte-offenes-land-verschlossenes-land-1.2628506>

Tagesschau (04.03.2016): Mehr als eine Million Asylbewerber in der EU

<https://www.tagesschau.de/ausland/asylbewerber-149.html>

Tagesschau (04.02.2016): Milliarden für die Flüchtlingshilfe

<https://www.tagesschau.de/ausland/syrien-geberkonferenz-113.html>

Tiroler Tageszeitung (16.12.2014): Kitzbühel vor Ankunft der Flüchtlinge

<http://www.tt.com/panorama/gesellschaft/9387288-91/kitzbuehel-vor-ankunft-der-fluechtlinge.csp>

UNHCR (2010): Asyl: Unterschiedliche Verfahrensstandards innerhalb der EU

<http://www.unhcr.de/home/artikel/1d471b6d41ffb3b84b863d20899ffbcf/asyl-unterschiedliche-verfahrensstandards-innerhalb-der-eu.html>

UNHCR (2013): Flucht und Asyl in Österreich

http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/02_unhcr/in_oesterreich/Questions_Answers_2013.pdf

UNHCR: Flüchtlingsland Österreich

<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich.html>

UNHCR: Flüchtlingsland Österreich – Glossar

<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/glossar.html>

UNHCR: Global Trends 2014

<http://unhcr.org/556725e69.html>

UNHCR: Mid-Year Trends 2015

http://www.unhcr.at/fileadmin/user_upload/dokumente/06_service/zahlen_und_statistik/Mid-Year_Trends_2015.pdf

UNHCR: Q&A: Asylsuchende in Österreich

<http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html>

UNHCR (2015): Total number of Syrian refugees exceeds four million for first time

<http://www.unhcr.org/559d67d46.html>

UNO-Flüchtlingshilfe: Zahlen & Fakten

<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html>

Unsere Zeitung (08.08.2014): Asyl in Österreich: Puchenstuben zeigt, wie es geht

<http://www.unsere-zeitung.at/2014/08/08/asyl-in-oesterreich-puchenstuben-zeigt-wie-es-geht/>

Woche Kärnten (13.07.2015): Willkommensfest für Flüchtlinge in Krumpendorf

<http://www.meinbezirk.at/klagenfurt/chronik/willkommensfest-fuer-fluechtlinge-in-krumpendorf-d1413886.html>

Woche Steiermark (04.01.2015): Gleisdorf gewährt Flüchtlingen Asyl

<http://www.meinbezirk.at/graz-umgebung/chronik/gleisdorf-gewaehrt-fluechtlingen-asyl-d1201690.html>

Wirtschaftsblatt (25.08.2015): Tourismus: Rekordzahlen trotz Asylwerber

http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/4806482/Tourismus_Rekordzahlen-trotz-Asylwerber

Zeit Online (13.11.2012): Flüchtlinge retten Riace vor dem Untergang

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-11/italien-dorf-riace-fluechtlinge-zuhause>

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die "Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.